ISSN 0937-7468 | 35. Jahrgang | Heft 2 | Oktober 2024

Gesellschaft
Erwachsenenbildung und
Behinderung e. V.

Erwachsenenbildung und Behinderung

Politische Bildung, Partizipation und Behinderung

Aspekte aus der inklusiven Erwachsenenbildung

Impressum

Die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“ (ZEuB) erscheint in der Regel zweimal jährlich, jeweils im Frühjahr (April) und im Herbst (Oktober).

Die ZEuB hat die Aufgabe, Maßnahmen und Einrichtungen zu unterstützen, die zur Realisierung von Erwachsenenbildungsangeboten für Menschen mit Behinderung beitragen. Der Fokus liegt auf inklusiver Erwachsenenbildung, insbesondere aus Sicht von Erwachsenen mit kognitiven Beeinträchtigungen bzw. mit komplexer Behinderung.

Die ZEuB richtet sich vor allem an Beschäftigte in der Behindertenhilfe und in der allgemeinen Erwachsenenbildung sowie an Wissenschaftler:innen und Studierende in den Bereichen Rehabilitationswissenschaft, Heil- und Sonderpädagogik, Lebenslanges Lernen und Inklusive Erwachsenenbildung.

Redaktion
Dr. Wiebke Curdt, Hamburg – V.i.S.d.P.
wiebke.curdt@uni-due.de

M.A. Katharina Maria Pongratz, Magdeburg
katharina.pongratz@ovgu.de

Anette Richter-Boisen, Hamburg
anette.richterboisen@uni-hamburg.de

Redaktionsbeirat
Prof. Dr. Matthias Alke, Tübingen
Dr. Peter Brandt, Bonn
Prof. Dr. Olaf Dörner, Magdeburg
Martin Herz, Trier
Werner Ludwigs-Dalkner, Cuxhaven
Liane Neubert, Berlin
Prof.in Dr.in Silke Schreiber-Barsch, Essen

Redaktionsschluss
15. Februar für die Frühjahrsausgabe,
15. August für die Herbstausgabe
und nach Vereinbarung.

Manuskripte
Beiträge sind bei der Redaktion einzureichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Zur Erstellung der Beiträge siehe „Manuskript-Hinweise“ im Internet: www.geseb.de
Abweichungen von den Festlegungen in den „Manuskript-Hinweisen“ werden ggf. ohne Rücksprache mit den Autor:innen korrigiert.

Vorbehalte und Rechte
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle dadurch begründeten Rechte bleiben erhalten.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung der Verfasser:innen wieder und nicht unbedingt die der Redaktion bzw. der GEB als Herausgeber.

Lektorat und Herstellung
Karl-Ernst Ackermann und
Eduard Jan Ditschek

Druck
Lebenshilfe Cuxhaven gGmbH
Druckerei *De Bookbinners*
Südersteinstraße 8, 27472 Cuxhaven

Herausgeber: Kontakt – Abo – Bank
Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V.
c/o Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit. Medien. Kultur
Eberhard-Leibnitz-Str. 2
D-06217 Merseburg

Email: kontakt@geseb.de
Internet: www.geseb.de

Über Bezugsbedingungen und Abo-Bestellung informieren Sie sich bitte auf der Internetseite der GEB.

Pax-Bank Berlin
IBAN: DE02 3706 0193 6000 7910 14
BIC: GENODEDIPAX

Das Foto entstand auf dem Faschingsumzug 2023 in Braunschweig.
Foto: Katharina Maria Pongratz

Editorial

Politische Bildung, Partizipation und Behinderung 2

Thema

Catrin Opheys / Songül Cora: Politische Bildung und Partizipation im Kontext von Behinderung 3

Marina Rößner: Das Inklusionsverständnis parteinaher Stiftungen in Hamburg – eine Programmanalyse 10

Christina Ponader: Wie exklusiv ist die Teilhabe an Politik? Diskussionsanstöße zu Gründen geringen Zugangs von Menschen mit einer sogenannten kognitiven Behinderung zu politischer Partizipation 21

Christine Wolf: Einerseits und Andererseits: Persönlichkeitsentwicklung als Voraussetzung für (politische) Partizipation. Ein Erfahrungsbericht aus der Praxis 30

Angela Meuter-Schneider: Politische Bildung für alle. Ein Erfahrungsbericht über das Projekt „Entwicklung von Bildungsformaten für junge Menschen in einfacher Sprache“ – gefördert vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen 38

Evelyn Linde: Machtkritische inklusive Erwachsenenbildung. Ein Plädoyer für Politische Grundbildung mit globalen Perspektiven 44

EINFACHE SPRACHE

WERKSTATT-GEDANKEN
Blatt-Gold: Wählen ist wichtig. Oder: Wir gründen unsere eigene Partei! 51

Kontext

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Expertise für Erwachsenenbildung – Neues aus dem DIE 57

Bundesverband Lebenshilfe: Teilhabe statt Ausgrenzung. Keine Stimme für die AfD 59

AKTIV FÜR INKLUSIVE ERWACHSENENBILDUNG
Inklusion ist demokratische Aufgabe. Stellungnahme zur Position des Vorsitzenden der AfD in Thüringen 61

Service

Hinweise und Linkliste zur politischen Bildung 62

GEB – in eigener Sache

Infos aus dem Vorstand: GEB digital – Mitgliederversammlung – ZEuB-Redaktion 63

Politische Bildung, Partizipation und Behinderung

Liebe Leser:innen der *Zeitschrift Erwachsenenbildung und Behinderung*,

die Vorschau auf die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben uns bereits Anfang des Jahres dazu bewegt den Fokus dieses Heftes auf Politische Bildung, Partizipation und Behinderung zu legen. Jetzt liegen die Wahlergebnisse vor und sie werfen Schatten auch auf die Lebenswelt der Erwachsenen mit zugeschriebener geistiger Behinderung.

Das Verschieben politischer Kräfte führt zu Diskussionen über die Grundsätze unserer Demokratie, auch über die Möglichkeit von Partizipation. Seit dem Jahr 2019 haben wir bundesweit ein inklusives Wahlrecht. Alle volljährigen deutschen Bürger:innen sind berechtigt, mit ihrer Wahlbeteiligung unsere Demokratie mitzugestalten. Um zu wählen und Demokratie zu gestalten, bedarf es allerdings durchaus politischer Bildung für alle – mithin auch für Menschen mit Behinderung. Mit diesem Themenheft laden wir dazu ein, das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten.

Songül Cora und *Catrin Opheys* nehmen in ihrem Übersichtsartikel eine theoretisch-analytische Perspektive ein und beschäftigen sich grundlegend mit Partizipation und politischer Bildung. *Marina Rössner* schreibt über das Inklusionsverständnis parteinaher Stiftungen, und *Christina Ponader* gibt uns Denkanstöße zur Exklusion Erwachsener mit einer sogenannten kognitiven Behinderung im Kontext politischer Partizipation.

Christine Wolf stellt ihre Erfahrungen zur Wertearbeit als Grundlage einer politischen Bildung für alle vor. Daran schließt *Angela Meuter-Schneider* mit Erfahrungen im Projekt „Entwicklung von Bildungsformaten für junge Menschen in einfacher Sprache“ an. *Evelyn Linde* beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit einer machtkritischen Diskussion inklusiver Erwachsenenbildung im Rahmen des F3_kollektivs. Zum Abschluss des Thementeils skizzieren die Redakteure von *Blatt-Gold* Überlegungen zur Gründung einer eigenen Partei und zur Notwendigkeit eines inklusiven Wahlrechts.

Unter *Kontext Erwachsenenbildung* finden Sie Neuigkeiten aus dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) und Hinweise des Bundesverbands der Lebenshilfe zu politischer Partizipation und Bildung, bevor unter dem Motto „Aktiv für inklusive Erwachsenenbildung“ ein politisch orientiertes Positionspapier das Heftthema abrundet.

Zuletzt verweist die GEB in eigener Sache auf die Veranstaltung *GEB digital* am 04.11.2024 sowie auf die Mitgliederversammlung Ende März 2025 in Hamburg sowie auf Veränderungen in der ZEuB-Redaktion.

Wir wünschen eine nachdenkliche Lektüre; schauen Sie gern auf unserer Homepage vorbei: www.geseb.de.

Wiebke Curdt,
Katharina Maria Pongratz
und Anette Richter-Boisen
(Redaktion der ZEuB)

Catrin Opheys / Songül Cora

Politische Bildung und Partizipation im Kontext von Behinderung

Einleitung

Soziale Differenz und Heterogenität haben trotz des geltenden demokratischen Grundprinzips der Gleichheit aller Stimmen weiterhin eine nicht unbedeutende Wirkmacht über die subjektive Beteiligung an der politischen Sphäre (vgl. u.a. Schäfer 2015; Brülle/Spannagel 2023). Gesprochen wird auch von einer Transformation von sozialer Ungleichheit in politische Ungleichheit (Bremer 2021; 2024), die in Anbetracht der zunehmenden sozialen Homogenisierung innerhalb von politischen Ämtern (vgl. Schwander 2022) ebenfalls Ausdruck einer Repräsentationskrise ist.

Gleichzeitig folgt die Forderung nach politischer Partizipation in diesem Zusammenhang keiner konsistenten Logik. Unterschiedliche Verständnisse und Konzeptionen von politischer Partizipation sind hier bestimmend, die ungleiche Perspektiven auf Zielgruppen und Teilhabe werfen können und die ebenfalls in den Diskurs um die politische Partizipation von Menschen mit Behinderung hineinwirken. Jana Trumann (2013) unterscheidet mit Bezug auf Beate Hoecker (2006) zwischen zwei Partizipationskonzepten, einem instrumentellen und einem normativen Partizipationsverständnis, die unterschiedliche Möglichkeiten und Formen der politischen Mitgestaltung hervorbringen (vgl. Trumann 2013, S. 22). Ein instrumentelles Partizipationsverständnis mit dem Fokus auf die politische Sphäre und Elitenherrschaft (Hoecker 2006, S. 6) zeichnet sich beispielsweise ab, wenn den Menschen mit Lernschwierigkeiten politische Bildungs- und Urteilsfähigkeiten abgesprochen, ihnen allenfalls behinderungsspezifische Themen und Beteiligungsformen zugewiesen oder sie „in der Rolle der Angehörten oder Beratenden fixiert“ (Baumann 2021, S. 144) und reduziert werden, ohne real an politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen mitwirken zu können. Nicht zuletzt basiert diese Argumentation auf homogenisierenden Beschreibungen, die unterschiedliche Erscheinungsformen von Behinderung außer Acht lassen. Ein normatives Partizipationsverständnis dagegen stellt stärker die aktive Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen in Bezug auf verschiedene Gesellschaftsbereiche in den Mittelpunkt (vgl. Hoecker 2006, S. 6ff.). Aus diesen beiden Verständnissen gehen sodann ungleiche politische Teilhabeformen wie auch unterschiedliche politische Verantwortlichkeiten hervor.

1. Zur Wirkmacht von defizitorientierten Perspektiven

Politische Partizipation und politische Bildung im Kontext von Behinderung zu beleuchten, erfordert es, auch Ausschlüsse und Barrieren in den Blick zu nehmen, die auf den ersten Blick nichts mit Defizitzuschreibungen zu tun haben. In diesem

Zusammenhang werden häufig zielgruppenbezogene Zugänge diskutiert, die in der politischen (Jugend- und Erwachsenen-) Bildung als pädagogisches Prinzip einen großen Stellenwert haben. Die Zuschreibung *benachteiligte Adressat:innen* sowie die dahinterliegenden Zielgruppenkonzeptionen erfordern allerdings eine kritische Auseinandersetzung (vgl. Widmaier/Nonnenmacher 2012; Journal für politische Bildung 2/2022).

Besonders in der pädagogischen Arbeit mit Menschen mit Behinderung zeigt sich ein Dilemma zwischen dem Anspruch, Menschen in benachteiligten Situationen in der Lebensbewältigung zu unterstützen, und der Gefahr einer Entpolitisierung und Individualisierung, die aus einer Ausblendung von Macht- und Herrschaftsstrukturen in der politischen Sphäre resultiert (vgl. Rohrmann 2022, S. 356f.). Aus einer ungleichheitsbezogenen Perspektive wären Differenzkategorien wie etwa Behinderung in dieser Konsequenz stets in Verbindung mit anderen Ungleichheitsdimensionen zu denken, da nicht von vereinfachten „homogenen" Zielgruppen anhand einzelner Merkmale ausgegangen werden kann (vgl. Bremer 2010), sondern milieuspezifisch unterschiedliche Lebenswelten und Zugänge zu Politik und Bildung in der Alltagspraxis zum Ausdruck kommen (vgl. Bremer/Ludwig 2015).

Auf solche Essentialisierungen – etwa auf Behinderung – kann, wie Simon Baumann (2021) beschreibt, die Anrufung einer stellvertretenden Rolle folgen, wonach Menschen mit Behinderung zwar politische Beteiligung ermöglicht wird, hierbei aber gleichsam eine *Besonderung* und Zuweisung zu stärker behinderungsspezifischen Themen und Beteiligungsformen erfolgt (vgl. ebd., S. 144f.). Auch Albrecht Rohrmann (2022) führt an, dass zwar auf der politisch-institutionalisierten Ebene formal mehr Zugänge für Menschen mit Behinderung geöffnet werden, aber weiterhin Ausschlüsse bestehen, etwa aufgrund von „mangelnder Informationsweitergabe, mangelnder Adressierung von politischer Bildungsarbeit" (ebd., S. 355). Stärker müssten in der politischen Bildung demzufolge Macht- und Ungleichheitsstrukturen ins Blickfeld rücken, die hinsichtlich sozialer Voraussetzungen und ungleicher Zugänge und Zuschreibungen zu erschwerter gesellschaftlicher und politischer Teilhabe führen können.

2. Ungleiche Zugänge zu Partizipation und politischer Bildung

Perspektiven auf politische Partizipationsmöglichkeiten bleiben einseitig, wenn jene allein konventionelle, parteibezogene und darauf aufbauend als legitim erachtete Formen von Beteiligung umfassen. Diese Fokussierung schließt an ein enges Verständnis von Politik (vgl. Hufer 2013) an, womit bestimmte Praktiken in Wert gesetzt, während niedrigschwellige und lebensweltliche Beteiligungsformen ausgeklammert werden, die etwa in sozialen Einrichtungen und Diensten oder selbstorganisierten Kontexten als Orte der Mitbestimmung und des Empowerments gefördert werden.

Daran anschließend spiegelt sich ungleiche politische Partizipation auch in sozial ungleichen Teilnahmestrukturen in Angeboten der außerschulischen politischen Bildung wider (vgl. u.a. Wid-

maier/Nonnenmacher 2012; Journal für politische Bildung 2/2022). Im Zuge des Nationalen Aktionsplans 2.0 der Bundesregierung zur UN-Behindertenrechtskonvention (2016) wird die soziale Selektivität der Teilnahme an politischer Bildung ergänzend im Kontext von Behinderung beleuchtet. Konkret schlägt sich die zunehmende Zuwendung der politischen Bildung zur Kategorie Behinderung in Überlegungen zu einer inklusiven politischen Bildung nieder (vgl. u.a. Dönges/Hilpert/Zurstrassen 2015; Besand 2016; Meyer/Hilpert/Lindmeier 2020).

Disziplinäre Annäherungen bzw. Schnittstellen zwischen der politischen Erwachsenenbildung und der Sonderpädagogik zeigen sich exemplarisch anhand von ähnlichen Zielgruppenkonstruktionen in dem Arbeitsfeld der Alphabetisierung und Grundbildung, wonach Menschen, die als „gering literalisiert" (Grotlüschen/Buddeberg 2020) gelten und die an Angeboten der Alphabetisierung und Grundbildung teilnehmen, Lernschwierigkeiten attestiert bekommen und ihnen darauf gestützt förderpädagogischer Bedarf statt weiterbildungsbezogene Bestrebungen zugedacht werden. In die Debatte um eine „politische Grundbildung" (u.a. Zeuner 2017; Bremer 2021; Dutz 2023) werden solche Perspektiven ebenfalls hineingetragen, wenn bestimmte Kompetenzen und Fähigkeiten für gesellschaftliche und politische Teilhabe als *grundlegend* (und erforderlich) definiert werden. Im Zusammenhang mit dem Phänomen der geringen Literalität pendelt die Diskussion spezifisch zwischen der Vorstellung von Schriftsprachbeherrschung als Ausgangspunkt von politischen Lern- und Bildungsprozessen und der, mit Paulo Freire (1971) gesprochen, „Bewusstwerdung" der eigenen Lage innerhalb der sozialen Ordnung sowie der Erweiterung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit. Dieses Spannungsfeld am Beispiel der politischen Grundbildung äußert sich in Eingrenzungs- und Bestimmungsversuchen, die mit zumeist defizitären Vorstellungen von der Zielgruppe einhergehen; wenn etwa Menschen mit Grundbildungsbedarf mit einer infantilisierenden und entmündigenden Ansprache oder Kursgestaltung konfrontiert werden und entsprechend asymmetrische Machtverhältnisse in Lehr-/Lernsettings vorliegen (vgl. Thielen 2013).

Hierarchisierungen lassen sich auch in Typologien von Bürger:innen wiederfinden, die Menschen in „politisch Desinteressierte", „reflektierte Zuschauer:innen", „interventionsfähige Bürger:innen" und „Aktivbürger:innen" (Detjen 2000) differenzieren. Diese kompetenzorientierten Zuschreibungen verkennen dabei aber sowohl soziale Zugangsbedingungen als auch strukturelle Mechanismen: „Zwar bieten diese Unterscheidungen vordergründig analytisches Potenzial hinsichtlich des Ausmaßes und der Fähigkeit zu politischer Partizipation, und sie verschaffen auch dem liberalen Paradigma der Freiwilligkeit zu partizipieren Raum. Sie versperren aber den Blick auf die soziale Eingebundenheit politischer Partizipationsbereitschaft" (Kleemann-Göhring 2013, S. 279).

In Folge von Paternalisierungen, Stigmatisierungen und Pathologisierungen verschärfen jene Defizitperspektiven nicht zuletzt Barrieren zur politischen Teilhabe (vgl. Baumann 2021, in Bezug auf politische Jugendbildung: Kenner/Wohnig 2020), was dem Anspruch gleichberechtigter Zugänge zur politischen Sphä-

re zuwiderläuft. Politische Partizipation geht entsprechend mit politischen Lern- und Bildungsprozessen einher und umfasst eine „Bewusstwerdung“ der eigenen Lage innerhalb der sozialen Ordnung sowie eine Erweiterung der eigenen politischen Handlungsfähigkeit (siehe hierzu auch den Beitrag von Christine Wolf in diesem Heft).

3. Feldtheoretische Perspektiven auf Partizipation und politische Bildung

Einen Ansatz, um die oben angedeuteten Positionierungen zu dem Politischen und zu politischer Partizipation zu fassen, kann das Konzept des politischen Feldes bieten (angelehnt an Pierre Bourdieu 2001, erweitert von Bremer/Kleemann-Göhring 2010), in dem Macht- und Kräfteverhältnisse zwischen den einzelnen Positionen unterschiedlicher Akteur:innen (z.B. Politik, Journalist:innen, Interessenvertretungen) in einer Art „Mikrokosmos“ (Bourdieu 2001, S. 41) veranschaulicht werden können. Politik als ein „Spiel mit impliziten Regeln“ (ebd., S. 47) legt hierbei in diesem Feld eine Einteilung in *Expert:innen* und *Laien* zugrunde, die den Subjekten je nach dem (ihnen zugeschriebenen) politischen Kapital – akkumuliert etwa über ökonomische, zeitliche, sprachliche Ressourcen wie auch verknüpft mit Bildungskapital – Deutungshoheit über die Spielregeln einräumt oder abspricht. Das umfasst etwa auch die Zuweisung einer Monopolfunktion darauf, „die politische Diskussion zu führen und zu bestimmen, was als politisches Problem zu gelten hat“ (Bourdieu 1992, S. 13). Auf diese Weise werden bestimmte Themen und auch Artikulationsformen als *unpolitisch* abgewertet, wenn sie beispielsweise stärker emotional begründet und lebensweltlich eingebunden sind (vgl. Besand/Overwien/Zorn 2019; Bremer 2019) und einer auf Rationalität und Abstraktion ausgelegten Politik entgegenstehen. Zudem geht dies auch mit einer subjektiv wahrgenommenen Befugnis einher, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. In Form eines Selbstausschlusses durch vorweggenommenen Fremdausschluss aus dem politischen Feld (vgl. Bremer 2008) führt dies für die „politischen Laien“ zu Exklusionsmechanismen: „Gerade die Gruppen und Milieus, die aufgrund ihrer Benachteiligung am stärksten daran interessiert sein müssten, dass die allgemeinen Angelegenheiten anders geregelt sind, sehen sich dazu gesellschaftlich am wenigsten legitimiert“ (Bremer/Kleemann-Göhring 2010, S. 18). Diese Delegitimierung drückt sich bei den Subjekten in Distanz zum Politischen und in vermeintlichem Desinteresse aus, und erschwert ihnen, sich selbst als politische Akteur:innen wahrzunehmen und wirksam zu erleben.

Auch die politische Bildung ist in diese Prozesse verstrickt und weist relational unterschiedliche Positionen zum politischen Feld und zum Politischen im Allgemeinen auf. Im Sinne eines „Feldes der politischen Bildung“ (Bremer/Cora/Opheys/Zosel 2024) bewegen sich die Akteur:innen (bspw. staatliche Politik, Parteien, Fachdisziplinen, Bildungsadministration, Träger und Institutionen, pädagogisch Tätige) entlang ihrer Funktion, Prinzipien und Selbstverständnisse zwischen einem „weiten“ oder „engen“ Politikverständnis und einem eher „subjekt- und prozessorientierten“ oder

„curricular-instrumentellen“ Bildungsverständnis. Die soziale Eingebundenheit politischer Bildung schlägt sich dabei gleichermaßen nieder in Spannungsfeldern hinsichtlich der Adressierung von potenziell Teilnehmenden und der Einbindung ihrer milieuspezifischen Alltagspraxen sowie daran orientierten pädagogischen Konzepten und Programmatiken (siehe hierzu den Beitrag von Marina Rößner in diesem Heft). Der Erkenntniswert einer solchen Systematisierung des Feldes der politischen Bildung liegt schließlich darin, Macht- und Kräfteverhältnisse kritisch in den Blick zu nehmen sowie ihre Dynamik als Potenzial für Kritik und Veränderungen zu verstehen.

4. Impulse für eine ungleichheitssensible politische Bildung

Vor diesem Hintergrund können marginalisierten Zielgruppen der politischen Bildung, wie Menschen mit Behinderungen, ungleichheitssensible Perspektiven zuträglich sein. Indem politische Bildung, wie erwähnt, nicht losgelöst von gesellschaftlichen Diskursen und Zugängen betrachtet sowie an soziale Logiken rückgebunden wird, lassen sich machtkritische Perspektiven auf Partizipation und politische Bildung entfalten. Im Sinne eines weiten Politikverständnisses, das sich an Schlüsselbegriffen wie Macht, Interesse, Konflikt, Herrschaft orientiert (vgl. Hufer 2013, S. 90) und auf kollektivfördernde Wirkungen abzielt, kann das Politische im Alltag aufgespürt werden.

Dem Inklusionsanspruch entsprechend kann damit ebenso der Blick auf Ressourcen wie auf konkrete milieuspezifische Erfahrungen gelenkt werden. Gleichermaßen bietet das subjektorientierte Konzept der „generativen Themen“ (Freire 1971) einen erweiterten Blick, wonach Themen und Inhalte aus dem Alltag von den Adressat:innen selbst formuliert und zum Ausgangspunkt von Lern- und Bildungsprozessen gemacht werden können.

Im Sinne einer ungleichheitssensiblen und konkret inklusiven politischen Bildung sollen entgegen einzelner „Spezialdidaktiken für spezifische Zielgruppen“ (Besand/Jugel 2015, S. 55) stärker vielschichtige Differenzlinien und umfassende Exklusionsmechanismen in Bezug auf politische Teilhabe und Bildung fokussiert werden. Aufsuchende politische Bildung stützt sich auf ungleichheitsbezogene Ideen und intendiert, Zugänge zu politischen Lern- und Bildungsprozessen zu erleichtern, indem der Lernort in den Sozialraum verlagert und an die Lebenswelt der darin sich bewegenden Subjekte angeschlossen wird, um Dialogräume zu eröffnen (vgl. Rathke/Wallentin 2023). Politische Bildung kann hiermit als Thema betrachtet werden, das quer zu anderen lebensweltlichen Kontexten liegt und interdisziplinäre Vernetzungen erfordert (etwa hinsichtlich der Verbindung zwischen politischer Bildung und Behindertenhilfe). Voraussetzung ist, dass vorherrschende Vorstellungen und Perspektiven von politischer Bildung kritisch hinterfragt sowie Widerstände und eigene Perspektiven der adressierten Subjekte in den Vordergrund gerückt werden (können), um Partizipation nicht auf ihre Form zu verkürzen, sondern tatsächliche gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen.

Literatur

Baumann, Simon (2021): Behinderungsspezifische Formen politischer Partizipation als Barriere politischer Teilhabe. In: Teilhabe, 60, H. 4, S. 142–147.

Besand, Anja (2016): Von roten und blauen Kreisen. Oder: Wie kommen wir zu einer inklusiveren politischen Bildung. In: Wenig erreichte Zielgruppen der politischen Bildung – Forschung zu Zugangsmöglichkeiten. Jahresthema 2016 der Transferstelle politische Bildung, S. 29–33. Im Internet: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Broschueren/Jahresbroschuere-2016-TpB-Zugaenge-web_compressed.pdf (Stand: 17.09.2024).

Besand, Anja / Jugel, David (2015): Inklusion und politische Bildung – gemeinsam denken! In: Christoph Dönges / Wolfram Hilpert / Bettina Zurstrassen (Hg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn.

Besand, Anja / Overwien, Berns / Zorn, Peter (2019): Gefühle über Gefühle – Eine Einführung. In: Anja Besand (Hg.): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn, S. 9–24.

Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. In: Ders.: Das politische Feld. Konstanz, S. 41–66.

Bourdieu, Pierre (1992): Politik, Bildung und Sprache. In: Ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg, S. 13–30.

Bremer, Helmut (2024): Soziale und politische Ungleichheit. In: Yasmine Chehata / Andreas Eis / Bettina Lösch / Stefan Schäfer / Sophie Schmitt / Andreas Thimmel / Jana Trumann / Alexander Wohnig (Hg.): Handbuch Kritische politische Bildung. Frankfurt/M., S. 159–167.

Bremer, Helmut (2021): Politische Grundbildung. Begründungen und konzeptionelle Überlegungen. In: Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft 67, S. 164–179.

Bremer, Helmut (2019): Politik, Emotionen und Habitus. Plädoyer für eine emotions- und ungleichheitssensible politische Bildung. In: Anja Besand / Bernd Overwien / Peter Zorn (Hg.): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn, S. 159–172.

Bremer, Helmut (2010): Zielgruppen in der Praxis. Erwachsenenbildung im Gefüge sozialer Milieus. In: MAGAZIN erwachsenenbildung.at. Ausgabe 10. Im Internet: https://erwachsenenbildung.at/magazin/10-10/meb10-10.pdf (Stand: 15.10.2024)

Bremer, Helmut (2008): Das „politische Spiel“ zwischen Selbstausschließung und Fremdausschließung. In: Außerschulische Bildung, 39, H. 3, S. 266–272.

Bremer, Helmut / Kleemann-Göhring, Mark (2010): „Defizit“ oder „Benachteiligung“: Zur Dialektik von Selbst- und Fremdausschließung in der politischen Erwachsenenbildung und zur Wirkung symbolischer Herrschaft. In: Christine Zeuner (Hg.): Demokratie und Partizipation. Beiträge der Erwachsenenbildung. Hamburg, S. 12–28.

Bremer, Helmut / Cora, Songül / Opheys, Catrin / Zosel, Tim (2024): Das Feld der politischen Bildung. Konturen und exemplarische Einordnungen kontroverser Debatten um Neutralität, Diskriminierungskritik und politische Grundbildung. In: Dominik Feldmann / Steffen Pelzel / Jana Sämann (Hg.): Kampffeld politische Bildung. Münster.

Bremer, Helmut / Ludwig, Felix (2015): Inklusion und Exklusion im politischen Feld. Einsichten und Einblicke aus der Perspektive Bourdieus. In: Journal für politische Bildung, 5, H. 1, S. 28–37.

Brülle, Jan / Spannagel, Dorothee (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie. WSI-Verteilungsbericht 2023. WSI Report Nr. 90. WSI: Düsseldorf. Im Internet: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008729/p_wsi_report_90_2023.pdf (Stand: 17.09.2024).

Detjen, Joachim (2000): Bürgerleitbilder in der Politischen Bildung. In: Politische Bildung, 33, H. 4, S. 19–38.

Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (2015): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn.

Dutz, Gregor (2023): Politische Grundbildung: Praktiken und Kompetenzen gering literalisierter Erwachsener. Im Internet: https://ediss.sub.uni-hamburg.de/handle/ediss/10579 (Stand: 17.09.2024).

Freire, Paulo (1971): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek.

Grotlüschen, Anke / Buddeberg, Klaus (2020): LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität. Bielefeld.

Hoecker, Beate (2006): Politische Partizipation: systematische Einführung. In: Dies. (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen, S. 3–20.

Hufer, Klaus-Peter (2013): Politische Bildung und der Kern des Politischen: Elf Thesen zu einem schwierigen Verhältnis. In: Klaus-Peter Hufer / Theo W. Länge / Barbara Menke / Bernd Overwien / Laura Schudoma (Hg.): Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 89–99.

Journal für politische Bildung (2022): Zugänge, H. 2.

Kleemann-Göhring, Mark (2013): „Politikferne" in der politischen Bildung. Zur Anerkennung unterschiedlicher sozialer Zugänge zum politischen Feld. In: Helmut Bremer / Mark Kleemann-Göhring / Christel Teiwes-Kügler / Jana Trumann (Hg.): Politische Bildung zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen. Weinheim, S. 276–292.

Kenner, Steve / Wohnig, Alexander (2020): Zwischen Anerkennung und Frustration – Erfahrungen junger Menschen mit politischer Partizipation und Protest. In: Tonio Oeftering / Andrea Szukala (Hg.): Protest und Partizipation. Baden-Baden, S. 109–130.

Meyer, Dorothee / Hilpert, Wolfram / Lindmeier, Bettina (2020): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn.

Rathke, Nele / Wallentin, Annette (2023): Wie weit weg ist Politik? Aufsuchende politische Bildung als Chance. Ein Praxisbericht. In: Sabine Achour / Thomas Gill (Hg.): Partizipation und politische Teilhabe mit allen: Auftrag politischer Bildung. Frankfurt/M., S. 231–240.

Rohrmann, Albrecht (2022): Politische Partizipation als Herausforderung für die Unterstützung von Menschen mit Lernschwierigkeiten. In: Gisela Kubon-Gilke, Anne-Dore Stein (Hg.): Annäherungen an eine neue Aufklärung. Multidisziplinäre Perspektiven auf Demokratie, Partizipation und Inklusion. Gießen, S. 353–366.

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Frankfurt/M. u. New York.

Schwander, Hanna (2022): Soziale Ungleichheit, politische Teilhabe und Repräsentation in der deutschen Demokratie. In: APuZ Redaktion (Hg.): Repräsentation – Identität – Beteiligung. Bonn, S.141–153.

Thielen, Marc (2013): Anforderungen und Widersprüche arbeitsplatzorientierter Alphabetisierung und Grundbildung. In: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete, 82, H. 3, S. 190–201.

Trumann, Jana (2013): Lernen in Bewegung(en). Politische Partizipation und Bildung in Bürgerinitiativen. Bielefeld.

Widmaier, Benedikt / Nonnenmacher, Frank (2012): Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen. Schwalbach/Ts.

Zeuner, Christine (2017): Was ist/was gehört zur politischen Grundbildung? In: Barbara Menke / Wibke Riekmann (Hg.): Politische Grundbildung. Inhalte – Zielgruppen – Herausforderungen. Frankfurt/M., S. 34–55.

Catrin Opheys, M.A.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Erwachsenenbildung/ Politische Bildung
an der Universität Duisburg-Essen
catrin.opheys@uni-due.de

Foto: Privat

Songül Cora, M.A.
Wissenschaftliche Mitarbeit im Fachgebiet Erwachsenenbildung
an der Universität Duisburg-Essen
songuel.cora@uni-due.de

Foto: Privat

Marina Rößner

Das Inklusionsverständnis parteinaher Stiftungen in Hamburg – eine Programmanalyse

Einleitung

Die deutsche Parteienlandschaft hat durch das Setzen von Themen, Führen von Debatten, aber auch durch das Nichtbehandeln von Themen einen großen Einfluss auf Diskurse und öffentliche Meinungen. Dies zeigt sich auch an unterschiedlichen Haltungen und dokumentierter Sprache im Kontext Diversität. Während einige Parteien beispielsweise das Gendern ablehnen, was bis zum „Gender-Verbot“ in Behörden zum Beispiel in Bayern geführt hat (Bayerische Staatsregierung 2024), gendern andere Parteien durchgängig in ihren Wahlprogrammen (u.a. Bündnis 90/Die Grünen 2024; Die Linke 2024). Doch nicht nur durch öffentliche Debatten oder Gesetzesinitiativen, auch durch parteinahe Stiftungen haben Parteien indirekten Einfluss auf Haltungen von Individuen bezüglich Vielfalt und Inklusion. Parteinahe Stiftungen haben neben anderen Tätigkeiten auch die politische Bildung zur Aufgabe und sind somit relevante Akteur:innen in der politischen Erwachsenenbildung, auch im Kontext Behinderung.

Aufgrund ihres Einflusses sowie aufgrund der Tatsache, dass es erst wenige Programmanalysen gibt, die sich mit dem Thema der Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Erwachsenenbildung auseinandersetzen (vgl. Fawcett 2016; Raike 2019; Schuchardt 1987), bzw. noch keine Analysen vorliegen, die sich explizit mit politischer Bildung beschäftigen, scheint eine Programmanalyse in der politischen Bildung mit dem Fokus auf Inklusion von Erwachsenen mit Behinderung sinnvoll. Im Rahmen einer Masterarbeit (Rößner i. E.) wird diese Lücke erkannt und der Frage nachgegangen, welches Inklusionsverständnis sich in den Bildungsprogrammen von drei ausgewählten parteinahen Stiftungen in Hamburg – der Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg (HBS), der Konrad-Adenauer Stiftung Hamburg (KAS) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg (RLS) – identifizieren lässt. Eine Spezifizierung auf Hamburg erfolgt aufgrund der Tatsache, dass Bundesländer sich hinsichtlich ihrer Bildungspolitiken, auch bezogen auf den Bereich der Erwachsenenbildung, unterscheiden. Daher scheint die Beschränkung auf ein Bundesland sinnvoll. Die genannten parteinahen Stiftungen wurden aufgrund der Verfügbarkeit der Programme auf deren Website sowie aufgrund der Tatsache, dass sie eine Spannbreite von progressiven bis konservativen Parteien abdecken, ausgewählt. Dabei wurde der Fokus auf Bildungsprogramme aus dem Jahr 2023 gerichtet, die gezielt Erwachsene adressieren. Der folgende Beitrag erlaubt Einblicke in die Auseinandersetzung um Fragen der Verständnisweisen von Inklusion.

Um die Frage des Inklusionsverständnisses zu beantworten, soll zunächst eine begriffliche Konkretisierung vorgenommen und anschließend der Zusammenhang zwischen Inklusion und politi-

scher (Erwachsenen-) Bildung dargelegt werden. Nachfolgend wird der Begriff des Programms und die Methodik der Programmanalyse beschrieben. Schließlich werden ausgewählte Ergebnisse des Forschungsvorhabens vorgestellt und interpretiert. Am Ende des Beitrags erfolgt ein Ausblick mit Implikationen für die erwachsenenpädagogische Forschung und Praxis mit dem Fokus auf Inklusion.

1. Zum Inklusionsbegriff im Kontext politischer Bildung

Um einen Zusammenhang zwischen Inklusion und politischer Bildung herstellen und anschließend das Inklusionsverständnis der parteinahen Stiftungen analysieren zu können, braucht es zunächst Klarheit über den Begriff Inklusion und seine verschiedenen Aspekte. Der Inklusionsbegriff, der hier verwendet werden soll, wurde von Jugel, Hölzel und Besand (2020) aufgrund der uneinheitlichen Verwendungsweise eines Inklusionsverständnisses in der politischen Bildung entwickelt. Der Begriff findet demnach auf vier Verständnisebenen Anwendung: Die erste Ebene beschreibt die Ziele von Inklusion, geht über eine reine Barrierefreiheit hinaus, und fokussiert vielmehr Chancengerechtigkeit, Teilhabe, Selbstbestimmung und Empowerment (vgl. Jugel/Hölzel/Besand 2020, 26f.). Auf der zweiten Ebene geht es bei den Menschen, die Inklusion betrifft, nicht nur um Menschen mit Behinderung oder alle diskriminierten Gruppen. Vielmehr sollte es entsprechend eines weiten Verständnisses von Inklusion letztendlich um alle Menschen und den gemeinsamen Abbau von Diskriminierung gehen (vgl. ebd., S. 27f.). Die Verortung von Inklusion, also auf welcher Ebene der Gesellschaft Inklusion stattfindet, beschreibt die dritte Verständnisdimension. Auch wenn sich Inklusion von Menschen mit Behinderung vielfach auf die Schule oder das Bildungssystem bezieht, handelt es sich bei dieser Ebene um eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung über alle Teilbereiche hinweg (vgl. ebd., S. 28). Als vierte Ebene wird schließlich die Darstellung von Inklusion benannt; beispielsweise in Inklusionsstrategien oder -formen. Jugel, Hölzel und Besand beschreiben Inklusion weder als Gegenbegriff zu Exklusion noch als Zustand, sondern als Wandlungsprozess (vgl. ebd., S. 29f.). Auf dieser begrifflichen Differenzierung basiert die folgende und diesem Artikel zugrunde liegende Definition: „Inklusion ist ein in allen gesellschaftlichen Teilbereichen vernetzt verlaufender Wandlungsprozess, der darauf abzielt, Ausschluss und Diskriminierung zu überwinden und jedem Menschen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen auf der Grundlage seiner individuellen Bedürfnisse selbstbestimmte Teilhabe zu ermöglichen“ (ebd., S. 31).

2. Inklusion in der politischen Erwachsenenbildung

Nachdem der Inklusionsbegriff definiert wurde, soll die politische Bildung mit Fokus auf den Erwachsenenbildungsbereich erläutert werden. Politische Bildung „ist die Sammelbezeichnung für alle bewusst geplanten und organisierten, kontinuierlichen und zielgerichteten Maßnahmen von Bildungseinrichtungen, um Jugendliche und Erwachsene mit den zur Teilnahme am politischen und gesell-

schaftlichen Leben notwendigen Voraussetzungen auszustatten“ (Massing 2021, S. 736). Nach Massing soll politische Bildung also zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben und somit zur Partizipation befähigen. Auch Widmeier (2012) beschreibt Partizipation als wichtiges Ziel non-formaler politischer Bildung, er bezeichnet dieses sogar als „Königsziel“ (Widmaier 2012, S. 14). Dass die Partizipation von Menschen mit Behinderung sowohl an der allgemeinen als auch an der politischen Bildung nicht vollends gegeben ist, geht aus verschiedenen Analysen hervor.

Einerseits zeigen Studien, dass Menschen mit Behinderung in der Weiterbildung unterrepräsentiert sind: So partizipierten in den Jahren 2007/08 und 2009/10 44 Prozent der Befragten ohne Behinderung an einer Weiterbildung, während dies bei weniger als 31 Prozent der Befragten mit Behinderung der Fall war (vgl. Schmidt-Hertha/Tippelt 2013, S. 242). Jedoch verschwand die Bedeutung des Behinderungsgrades zur Vorhersage der Teilnahme an Weiterbildung fast vollständig, sobald die Faktoren Bildungsstand, Erwerbsstatus, Alter und Geschlecht mithilfe einer linearen Regression kontrolliert wurden (vgl. ebd.). Schlussfolgern lässt sich daraus, dass Behinderung sich nicht allein als Beeinträchtigung im Kontext der Teilnahme an (Weiter-) Bildungsangeboten Erwachsener verstehen lässt, sondern, dass weitere Faktoren, u.a. der Erwerbsstatus, diese Behinderung verstärken. Denn Menschen mit Behinderung bleiben – vermutlich – aufgrund von geringeren Möglichkeiten der Teilhabe am Berufsleben und der Erlangung höherer Bildungszertifikate im Kontext von Erwachsenen- und Weiterbildung benachteiligt (vgl. ebd., S. 242f.).

Andererseits treffen diese Erkenntnisse auch auf die politische Bildung zu. Bereits im Adult Education Survey 2012 wurde aufgezeigt, dass Menschen mit einem niedrigen Schulabschluss mit 9 Prozent vergleichsweise selten an Veranstaltungen im Feld „Sprachen, Kultur, Politik“ teilnahmen; im Vergleich zu 16 Prozent der Personen mit hohem Schulabschluss (vgl. Bilger et al. 2013, S. 135). Ähnliches lässt sich aus den Ergebnissen des Adult Education Survey 2016 zu Teilnehmenden von Veranstaltungen eines gemeinnützigen Vereins, einer Partei oder einer sozialen, kulturellen oder politischen Initiative ablesen: Über einen niedrigen Bildungsabschluss verfügen 20 Prozent der Teilnehmenden und 50 Prozent über einen hohen Schulabschluss (vgl. Bilger et al. 2017, S. 147). Da Menschen mit Behinderung im Schnitt niedrigere Bildungsabschlüsse vorweisen (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2021, S. 122), partizipieren auch sie mutmaßlich in geringerem Maße an politischer (Erwachsenen-) Bildung.

Dieser Aspekt ist durchaus problematisch, denn „[f]ür eine Demokratie ist es nach dem Gleichheitsprinzip lebenswichtig, dass alle Bevölkerungsgruppen ihre Interessen in den politischen Diskurs und die Willensbildung einbringen können“ (Becker/Krüger 2018, S. 920). Damit alle Menschen, besonders Menschen mit Behinderung, an politischer Bildung und somit an Demokratie partizipieren können, muss auch die politische Erwachsenenbildung Inklusion und Partizipation stets mitdenken (vgl. Rößner i. E.). Es stellt sich entsprechend die Frage, wie politische Erwachsenenbildung im Allgemei-

nen und parteinahe Stiftungen im Besonderen diese Aspekte von Inklusion und Vielfalt (u.a. Behinderung) in Programmen darstellen und vermitteln.

3. Programmanalyse der Bildungsprogramme parteinaher Stiftungen in Hamburg

Gieseke formuliert folgendes Verständnis von (Bildungs-) Programmen: „Ein Programm ist der zeitgeschichtlich materialisierte Ausdruck gesellschaftlicher Auslegung von Erwachsenenbildung durch einen bestimmten Träger, realisiert über eine Vielzahl von Angeboten. Es ist beeinflusst von bildungspolitischen und ökonomischen Rahmungen, nachfragenden Unternehmen und potenziellen Adressat/innen. Es wird ausgelegt und gefiltert durch professionell Handelnde“ (Gieseke 2015, S. 165). Programme enthalten Informationen zu den Veranstaltungen einer Bildungseinrichtung und können in gedruckter oder digitaler Form vorliegen (vgl. Nolda 2023, S. 345). Es handelt sich meist um einen Ankündigungstext mit Themen, Inhalten, Methoden und Lehr- und Lernzielen, sowie Informationen zu Ort, Zeit und Teilnahmemodalitäten oder Angaben zu Lehrenden und Adressat:innen (vgl. ebd.). Somit enthalten Bildungsprogramme Konzepte über Bildungsbedürfnisse und Qualifizierungsbedarfe der Adressat:innen und werden auf der Grundlage von Erfahrungen, eigenen Bildungsvorstellungen und externen Vorgaben der Bildungsinstitutionen entwickelt (vgl. Nolda 2018, S. 434). Diese Aspekte gilt es, mithilfe einer Programmanalyse herauszuarbeiten. Dazu werden Programme aus der Distanz ausgewertet, indem die enthaltenen Texte und Informationen analysiert werden. Dabei kann zwischen den Anbieter:innen und dem Raum als Ausgangspunkt unterschieden werden (vgl. ebd., S. 435ff.). In diesem Fall wird der Raum, also die Stadt Hamburg, als Ausgangspunkt genutzt, um eine Querschnittanalyse zur Erfassung der aktuellen Situation von Inklusion in der politischen Bildung vorzunehmen. Es wurden die Programme der bereits genannten drei parteinahen Stiftungen in Hamburg aus dem Jahr 2023 ausgewertet: das Programm der dem Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg (HBS), das Programm der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung Hamburg (KAS) sowie das Programm der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg (RLS), die der Partei die Linke nahesteht. Außerdem wurde das Leitbild der Stiftungen hinzugezogen, um deren Grundhaltungen mit einzubeziehen. Die Programmanalyse erfolgte mithilfe inhaltlich-strukturierender qualitativer Inhaltsanalyse (vgl. Kuckartz/Rädiker 2022).

4. Ergebnisse und Diskussion zu Inklusion in Programmen parteinaher Stiftungen

Nachfolgend werden die Ergebnisse (siehe hierzu auch Rößner i. E.) mithilfe der durch die Programmanalyse erstellten Kategorien zur Frage der Darstellung von Inklusion in Programmen parteinaher Stiftungen beschrieben. Diese wurden entlang der in Kapitel 2 zitierten Definition von Inklusion mit ihren vier Verständnisdimensionen gebildet: den Zielen von Inklusion, den Menschen, die Inklusion

betrifft, der Verortung von Inklusion und der Darstellung von Inklusion. Im Folgenden sollen beispielhaft die beiden Dimensionen ‚betroffene Menschen' und ‚Verortung' dargestellt werden.

Menschen, die Inklusion betrifft

Obwohl ein Schwerpunkt der Forschungsarbeit auf der Personengruppe der Menschen mit Behinderung liegt, soll die Diversität der potenziell thematisierten und berücksichtigten Gruppen repräsentiert und analysiert werden; insbesondere auch deswegen, weil eine Verständnisdimension von Inklusion sich nicht nur auf viele verschiedene Gruppen, sondern tendenziell auf alle Menschen bezieht. Über diese Weitung der Perspektive ergeben sich in den Programmen der Stiftungen verschiedene Schwerpunkte, deren Verteilung in Abbildung 1 eingesehen werden kann.

Die HBS adressiert in ihren Veranstaltungen unterschiedlich diskriminierte Gruppen ähnlich oft. Die Differenzlinie Herkunft, Religion, Hautfarbe mit ihrer Diskriminierungsform Rassismus thematisiert sie zwölf Mal, die Kategorie Ableismus/Menschen mit Behinderung fünf Mal und Antisemitismus/Jüd:innen zwei Mal. Dieser tendenziell gleichmäßigen Verteilung steht eine Schwerpunktsetzung der RLS gegenüber. Die Stiftung thematisiert in 31 Veranstaltungen die Ungleichheitsform des Klassismus und der sozialen Ungleichheit mit Fokus auf die Menschen, die in Armut oder mit niedrigerem soziökonomischen Status leben. Dabei zielt sie nicht nur auf eine bestimmte Gruppe an Teilnehmenden ab, sondern bearbeitet die soziale Ungleichheit auch inhaltlich; etwa bezogen auf geschichtliche Ereignisse oder heutige Ungleichheiten. Auf die soziale Ungleichheit folgen

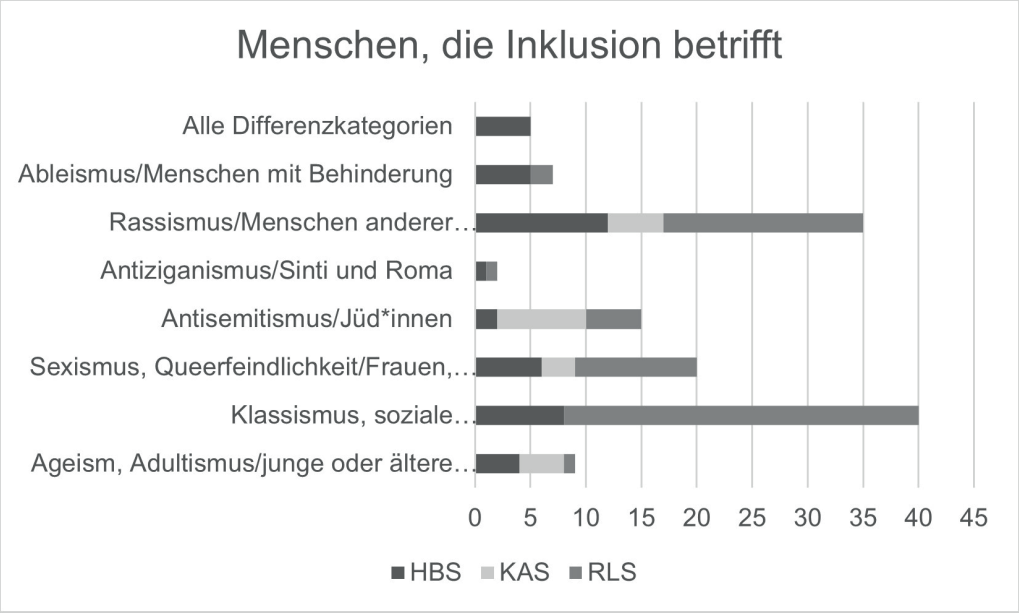

Abb. 1: Kategorie „Menschen, die Inklusion betrifft", getrennt nach Stiftungen (Quelle: Rößner i. E.)

die Kategorien des Rassismus (mit 18 Veranstaltungen) und der Differenzlinie Sexismus und Queerfeindlichkeit bezogen auf Frauen und queere Personen (mit elf Veranstaltungen). Ableismus und Menschen mit Behinderung werden zwei Mal berücksichtigt. Die beiden genannten Stiftungen adressieren alle identifizierten Kategorien mindestens ein Mal.

Die Ergebnisse der Programmanalyse der KAS sehen deutlich anders aus. Die Stiftung bearbeitet das Thema des Antisemitismus/der Jüd:innen in acht Veranstaltungen, die Kategorie des Rassismus/der Menschen anderer Herkunft fünf Mal und die Kategorie Sexismus und Queerfeindlichkeit drei Mal. Alle anderen Diskriminierungsformen und Differenzlinien, auch die Kategorie Ableismus/Menschen mit Behinderung, werden von der Stiftung in keiner Veranstaltung thematisiert.

Was, abgesehen von der Verteilung der Kategorien, bei den verschiedenen Stiftungen außerdem erwähnenswert scheint, ist die Tatsache, dass in vielen Veranstaltungen mehrere Differenzlinien gemeinsam betrachtet oder sogar alle Differenzlinien einbezogen werden. So schreibt die HBS beispielsweise in ihrer Veranstaltungsreihe zum Sozialatlas mit den Themen Alter, Inklusion und Kinderarmut: „Es gibt strukturell bedingte Lebensrisiken und ungleiche Lebenschancen, die Menschen in ihren Entwicklungsperspektiven beschränken“ (HBS, Kinderarmut bekämpfen – zur Rolle frühkindlicher Bildung, Pos. 11). Die HBS spricht also über die potentiell ungleichen Lebenschancen aller Menschen, was dem in Kapitel 1 erläuterten Verständnis der Inklusion, die alle Menschen betrifft, nahekommt.

Auch die explizite Verschränkung zweier oder mehrerer Kategorien ist im Programm der HBS zu finden. In der Filmvorstellung „Feminism WTF“ werden die Differenzlinien Sexismus und Queerfeindlichkeit sowie Rassismus/Herkunft verschränkt gedacht: „Was hat der europäische Kolonialismus mit den heutigen Ideen von sexueller Freiheit und rassistischen Stereotypen zu tun?“ (HBS, FEMINISM WTF, Pos. 11). Auch die RLS hat ähnliche Verschränkungen in ihrem Repertoire: „Worin besteht die Beziehung der oft voneinander getrennten Kategorien von Klasse, Geschlecht und Rassismus?“ (RLS, Was ist die „Diversität der Ausbeutung?“, Pos. 12). Zwar ist das Phänomen der Kategorienverschränkung bei der KAS nicht so häufig erkennbar, dennoch kann es zum Beispiel in der Veranstaltung „ÜberLeben in Afghanistan“ anhand der Verbindung von Flucht und Frauen auch hier konstatiert werden: „Seit dem Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan und der Machtübernahme der Taliban, hat sich das Leben der Menschen radikal verändert. Dies bekommen besonders Frauen und Mädchen zu spüren. Sie haben ihr Recht auf Bildung, Arbeit und Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum verloren“ (KAS, ÜberLeben in Afghanistan, Pos. 12).

An dieser Stelle soll nun der eingangs benannte Schwerpunkt Inklusion von Menschen mit Behinderung bzw. die Subkategorie „Ableismus/Menschen mit Behinderung“ genauer betrachtet werden. Es wurde bereits erläutert, wie häufig das Thema in den Programmen der Stiftungen auftaucht. Doch nicht nur quantitativ, auch qualitativ lassen sich Erkenntnisse gewinnen. Die HBS organisiert vermehrt eigene Veranstaltungen zu den The-

men, die mit Behinderung und Inklusion verbunden sind, zum Beispiel „Inklusion – ein Arbeitsmarkt für Alle!“ oder „Angry Cripples – Stimmen behinderter Menschen gegen Ableismus“[1]. Menschen mit Behinderung, beispielsweise ein Werkstattratsvorsitzender einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) oder zwei behinderte Autor:innen, repräsentieren ihre Personengruppe sowie die Erfahrungen von Diskriminierung und Behinderung auf dem Podium. In den Veranstaltungen, die die RLS organisiert, ist nicht die Inklusion von Menschen mit Behinderung zentrales Thema. Vielmehr wird diese Differenzlinie in anderen, alle Menschen betreffende Themen, eingewoben, und dabei wird auf Schwierigkeiten für bestimmte Gruppen aufmerksam gemacht.

Verortung von Inklusion

Bei der Dimension ‚Verortung‘ geht es, wie in Kapitel 2 erläutert, um die gesellschaftlichen Bereiche, auf die sich Inklusion bezieht. Diese wurden induktiv aus dem vorliegenden Material gebildet und können in Abbildung 2 nachvollzogen werden. Zunächst werden auch hier die Ergebnisse für alle Personengruppen, danach isoliert für Menschen mit Behinderung, dargestellt.

Es konnte festgestellt werden, dass die am häufigsten genannte Verortung

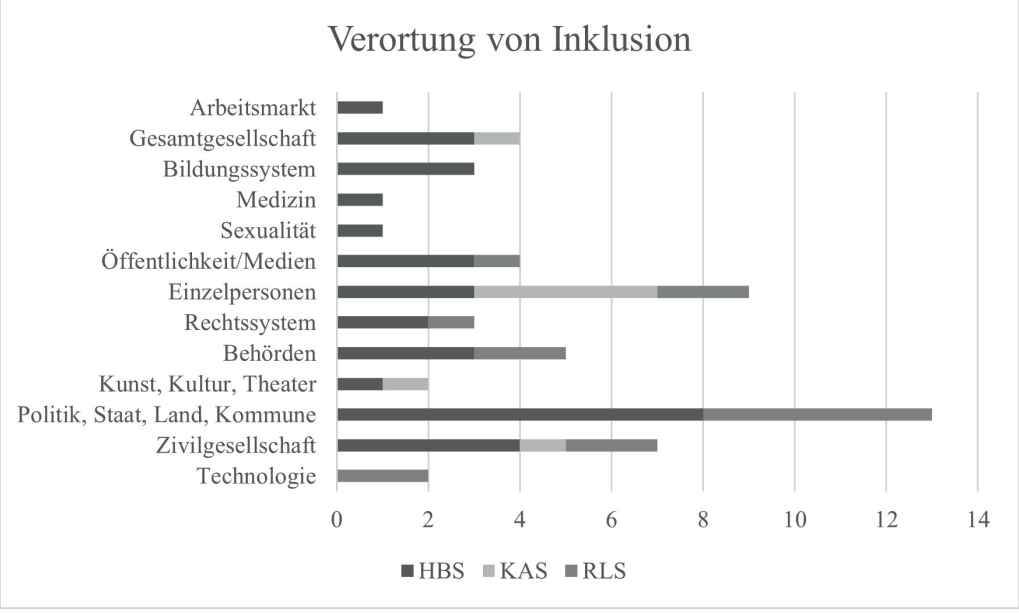

Abb. 2: Kategorie „Verortung von Inklusion“, getrennt nach Stiftungen (Quelle: Rößner i. E.)

[1] An dieser Stelle muss ein Transparenzhinweis erfolgen: Die Autorin war von Juli bis Oktober 2023 Praktikantin der HBS Hamburg. Im Rahmen dieses Praktikums entstand die Veranstaltung „Angry Cripples – Stimmen behinderter Menschen gegen Ableismus“, die die Autorin selbst organisierte und moderierte. Es ist fraglich, ob die Veranstaltung in dieser Form ohne die Autorin stattgefunden hätte. Doch die Stiftung zeigte sich dem Thema gegenüber sofort aufgeschlossen und unterstützte die Veranstaltung finanziell, organisatorisch und inhaltlich.

von Inklusion sich auf die Ebene „Politik, Staat, Land Kommune“ bezieht. Sie wird in sieben Veranstaltungen zuzüglich des Leitbildes bei der HBS und in fünf Veranstaltungen der RLS thematisiert. Darauf folgt die Ebene der Einzelpersonen, welche in drei Veranstaltungen der HBS, vier der KAS und zwei der RLS adressiert wird. Bei der Verortung von Inklusion auf der Ebene der Einzelpersonen sind die drei Stiftungen also sehr ähnlich aufgestellt, während die KAS bei der Verortung auf der Ebene „Politik, Staat, Land Kommune“ keine Nennung aufweist.

Wie in Abbildung 2 erkennbar, folgen daraufhin weitere Kategorien, die jedoch nicht einzeln aufgeführt werden. Alles in allem zeigt sich eine Parallele zu den Ergebnissen der Menschen, die Inklusion betrifft: Die HBS thematisiert abermals alle identifizierten Ebenen der Verortung von Inklusion (abgesehen von der Technologie). Es kann diskutiert werden, ob eine Fokussierung auf eine Vielzahl von Verortungen sich möglicherweise widerspricht, beispielsweise, wenn Politik oder Staat und gleichzeitig Einzelpersonen adressiert werden. Da Jugel, Hölzel und Besand (2020) von einer gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Inklusion sprechen, scheint das Vorgehen der HBS jedoch schlüssig. Die beiden anderen Stiftungen behandeln quantitativ betrachtet weniger Verortungen (sieben Ebenen bei der RLS und vier Ebenen bei der KAS).

Zwar kann hinterfragt werden, ob bei der KAS die geringe Anzahl der Verortungen von Inklusion mit der selten stattfindenden Thematisierung von Diskriminierung bestimmter Gruppen zusammenhängt und beides daraus resultiert, dass bei der KAS insgesamt eine vergleichsweise niedrige Anzahl von Veranstaltungen vorliegt. Da die RLS jedoch auch nur drei weitere Verortungen von Inklusion bearbeitet und sie im Gegensatz zur KAS eine hohe Anzahl an Veranstaltungen insgesamt und eine vielfache Auseinandersetzung mit diskriminierten Gruppen aufweist, scheint diese These nicht schlüssig. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die KAS ein Inklusionsverständnis aufweist, welches nur selten die Verortung von Inklusion reflektiert, und wenn, dann bezogen auf die Gesamtgesellschaft, auf Einzelpersonen, auf den Bereich Kunst/Kultur/Theater und auf die Zivilgesellschaft.

Bezogen auf die Personengruppe der Menschen mit Behinderung kann eine deutlich geringere Zahl an Nennungen bei allen Subkategorien identifiziert werden. Verortungen von Inklusion, die sich besonders oft auf Menschen mit Behinderung beziehen, sind die Gesamtgesellschaft, das Bildungssystem und Politik/Staat/Land/Kommune mit je drei oder vier Nennungen. So schreibt die HBS beispielsweise im Ankündigungstext zum Bildungsangebot „Inklusion – ein Arbeitsmarkt für Alle!“, in welchem sie explizit Menschen mit Behinderung thematisiert: „Die soziale Frage ist eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit. Sie zu beantworten geht weit über das Thema ‘Umverteilung‘ hinaus: Es geht um gerechte Teilhabe und gleiche Chancen, um Sicherheit und um Anerkennung von Lebensleistungen. Einerseits ist der deutsche Sozialstaat leistungsfähig und trägt zu einer weitgehend abgesicherten Gesellschaft bei. Andererseits bleibt noch viel zu tun“ (HBS, Inklusion - ein Arbeitsmarkt für Alle!, Pos. 11).

Insgesamt kann festgestellt werden, dass alle Veranstaltungen, in denen Ver-

ortungen von Inklusion bezogen auf Menschen mit Behinderung genannt werden, bei der HBS zu finden sind. Dies ist jedoch vor allem auf die Veranstaltung „Angry Cripples – Stimmen behinderter Menschen gegen Ableismus“ zurückzuführen, die 9 der 13 Subkategorien der Verortung von Inklusion aufgreift, zum Beispiel in Bezug auf Sexualität, Medizin, Behörden. Dies zeigt, dass selbst eine einzige Veranstaltung großen Einfluss auf das dargestellte Inklusionsverständnis einer Stiftung haben kann.

5. Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die HBS folgt einem Inklusionsverständnis, welches viele verschiedene Perspektiven, bezogen auf die von Inklusion betroffenen Menschen und die Verortung von Inklusion, einnimmt. Es kann angenommen werden, dass ein Bewusstsein diverser Lebensrealitäten und damit verbundener Formen von Diskriminierung vorliegt. Dennoch ist eine leichte Fokussierung der Stiftung auf das Thema Rassismus/Menschen anderer Herkunft sowie die Verortung auf der Ebene der Politik, des Staates, des Landes oder der Kommune erkennbar. Zudem ist die HBS die einzige Stiftung, die die Verortung auch in Bezug auf Menschen mit Behinderung thematisiert. Bei der RLS hingegen besteht ein deutlicher Schwerpunkt hinsichtlich der Menschen, die Inklusion betrifft, auf der Kategorie Klassismus/ Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status. Auch bezüglich der Verortung ist ein Schwerpunkt auf der Ebene der Politik, des Staates, des Landes oder der Kommune sichtbar. Trotzdem vertritt sie viele verschiedene Kategorien, insbesondere bei der Verständnisdimension der von Inklusion betroffenen Menschen. Eine gänzlich andere Herangehensweise kann bei der KAS beobachtet werden. Bei den Menschen, die Inklusion betrifft, ist eine deutliche Schwerpunktsetzung auf Antisemitismus/Jüd:innen wahrnehmbar. Auch bei der Verortung ist ein Fokus auf Einzelpersonen und eine überschaubare Zahl an unterschiedlichen Verortungen erkennbar. Über die ganze Programmanalyse und alle Stiftungen hinweg lassen sich generell wenige Textstellen finden, die die Diskriminierung und Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderung behandeln.

Abschließend und anschließend an diese letzten Ausführungen müssen entsprechend auch die Probleme einer Programmanalyse reflektiert werden. Beispielsweise kann ein Programm immer nur ein Leistungsversprechen darstellen und es kann nicht überprüft werden, ob und wie die Veranstaltungen tatsächlich stattgefunden haben und welche Themen in der Realität eingebracht wurden (vgl. Nolda 2018, S. 434). Aus diesem Grund und aufgrund der Tatsache, dass sich in der Programmanalyse selbst nur wenige Veranstaltungen explizit zu Inklusion von Menschen mit Behinderung finden ließen, wurden für die zugrundeliegende Masterarbeit an die Programmanalyse anschließend Expert:inneninterviews geführt. So sollten hinter dem Programm liegende Handlungslogiken identifiziert und ein Korrektiv für die eigene Wahrnehmung im Rahmen der Programmanalyse herangezogen werden (s. hierzu Rößner i. E.). Dadurch konnte beispielsweise festgestellt werden, dass sich die Bildungsangebote von HBS und KAS an alle Menschen, bei der HBS konkreter

formuliert an alle Gruppen unabhängig von Behinderung, Herkunft, Alter, Klasse oder Geschlecht, richten (vgl. Rößner i. E.). Die RLS hingegen fokussiert die politische Bildungsarbeit auf das parteipolitische linke Umfeld. Zudem konnte eine Diskrepanz in der Wahrnehmung der Teilnahme von diskriminierten Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung, festgestellt werden. Während die KAS der Überzeugung ist, alle Milieus zu adressieren und auch eine hohe Teilnahme von Menschen mit Behinderung zu erreichen, reflektieren HBS und RLS die Hürden einer Teilnahme (vgl. ebd.). Sie scheinen sich bewusst zu sein, dass politische Bildung – wie in Kapitel 2 erläutert – meist nur Menschen mit höherer formaler Bildung erreicht.

Zukünftig könnten Programmanalysen in anderen Institutionen oder Bundesländern durchgeführt werden, um Entwicklungstendenzen oder Gelingensbedingungen der Umsetzung von Inklusion in parteinahen Stiftungen oder Institutionen politischer Bildung umfassender identifizieren zu können. Insgesamt ist festzustellen, dass es noch zu wenig Angebote in den parteinahen Stiftungen gibt; obwohl „[e]ine wirksame politische Teilhabe […] [erst, Anm. M.R.] dann gegeben [ist], wenn alle Bevölkerungsgruppen die berechtigte Überzeugung gewinnen, politisch Einfluss nehmen zu können, die Möglichkeiten zu haben, ihre politischen Vorstellungen und Interessen wirksam zu organisieren und zu äußern, und in den parlamentarischen Gremien die entsprechende Aufmerksamkeit finden“ (Bertelmann/Düber/Rohrmann 2020, S. 68).

Literatur

Bayerische Staatsregierung: Pressemitteilungen. Herrmann: Bayern beschließt Verbot der Gendersprache. Im Internet: https://www.bayern.de/herrmann-bayern-beschliesst-verbot-der-gendersprache/ (Stand: 15.09.2024).

Becker, Helle / Krüger, Thomas (2018): Weiterbildung und Politik. In: Rudolf Tippelt / Aiga von Hippel (Hg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Weiterbildung, Wiesbaden, S. 913–930.

Bertelmann, Lena / Düber, Miriam / Rohrmann, Albrecht (2020): Inklusive politische Bildung durch Teilhabe und Einmischen. In: Dorothee Meyer / Wolfram Hilpert / Bettina Lindmeier (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn, S. 66–84.

Bilger, Frauke / Behringer, Friederike / Kuper, Harm / Schrader, Josef: Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016. Ergebnisse des Adult Education Survey (AES). Im Internet: https://www.die-bonn.de/doks/2017-weiterbildungsforschung-01.pdf (Stand: 15.09.2024).

Bilger, Frauke / Gnahs, Dieter / Hartmann, Josef /Kuper, Harm: Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012“. Im Internet: https://www.die-bonn.de/doks/2013-weiterbildungsverhalten-01.pdf (Stand: 15.09. 2024).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. Im Internet: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/a125-21-teilhabebericht.html (Stand: 19.05.2024).

Bündnis 90/Die Grünen: Was uns schützt. Europawahlprogramm 2024. Im Internet: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf (Stand 15.09.2024).

Die Linke: Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden. Programm zur Europawahl 2024. https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Europawahlprogramm.pdf (Stand: 16.09.2024).

Fawcett, Emma (2016): Zielgruppenorientierung in der Erwachsenenbildung am Beispiel des Fachbereichs „Angebote für behinderte und nicht-behinderte Menschen“ am Bildungszentrum Nürnberg – Eine Programmanalyse. Magisterarbeit im Studiengang „Erwachsenenpädagogik/Lebenslanges Lernen“. Berlin. (Reihe Erwachsenenpädagogischer Report, Bd. 51)

Gieseke, Wiltrud (2015): Programme und Angebote. In: Jörg Dinkelaker / Aiga von Hippel (Hg.): Erwachsenenbildung in Grundbegriffen. Stuttgart, S. 165–173.

Jugel, David / Hölzel, Tina / Besand, Anja (2020): Inklusion und politische Bildung. Mutig gemeinsam (weiter-) denken und erproben! In: Dorothee Meyer / Wolfram Hilpert / Bettina Lindmeier (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn, S. 23–37.

Kuckartz, Udo / Rädiker, Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim.

Massing, Peter (2021): Politische Bildung. In: Uwe Andersen / Jörg Bogumil / Stefan Marschall / Wichard / Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8. aktualisierte Auflage. Wiesbaden, S. 736–743.

Nolda, Sigrid (2018): Programmanalyse in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Methoden und Forschungen. In: Rudolf Tippelt / Aiga von Hippel (Hg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Weiterbildung. Wiesbaden, S. 433–449.

Nolda, Sigrid (2023): Programme. In: Rolf Arnold / Ekkehard Nuissl / Josef Schrader (Hg.): Wörterbuch Erwachsenen- und Weiterbildung. 3. vollständig überarbeitete Auflage. Bad Heilbrunn, S. 345–346.

Raike, Ulla (2019): Adressat*innenansprache in inklusiven Kursen der allgemeinen Erwachsenenbildung am Beispiel des ERW-IN-Programms an den Berliner Volkshochschulen. Magisterarbeit im Studiengang „Erwachsenenpädagogik/Lebenslanges Lernen“. Berlin. (Reihe Erwachsenenpädagogischer Report, Bd. 64)

Rößner, Marina (i. E.): Inklusion in Bildungsprogrammen parteinaher Stiftungen in Hamburg. Eine Analyse von Programmen des Jahres 2023. Masterarbeit.

Schmidt-Hertha, Bernhard / Tippelt, Rudolf (2013): Inklusion in der Weiterbildung. In: Hans Döbert / Horst Weishaupt (Hg.): Inklusive Bildung professionell gestalten. Situationsanalyse und Handlungsempfehlungen. Münster, S. 241–262.

Schuchardt, Erika (1987): Schritte aufeinander zu. Soziale Integration Behinderter durch Weiterbildung. Zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Bad Heilbrunn/Obb.

Widmaier, Benedikt (2012): Außerschulische politische Bildung nach 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 62/46-47, S. 9–15.

Linkliste zu den zitierten Veranstaltungen

Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.

- https://calendar.boell.de/de/event/bildung-von-anfang-zur-rolle-fruehkindlicher-bildung-bei-der-bekaempfung-von-kinderarmut
- https://calendar.boell.de/de/event/feminism-wtf
- https://calendar.boell.de/de/event/inklusion-ein-arbeitsmarkt-fuer-alle

Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg e.V.

- https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/XJGBN/was-ist-die-diversitaet-der-ausbeutung-?cHash=27b0de288e446181da7729bbaa3877a3

Konrad-Adenauer-Stiftung Hamburg e.V.

- https://www.kas.de/de/web/hamburg/veranstaltungen/detail/-/content/ueber-leben-in-afghanistan

Marina Rößner
Masterstudentin der Erziehungs- und Bildungswissenschaften und wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Hamburg
marina.roessner@uni-hamburg.de

Foto: Privat

Christina Ponader

Wie exklusiv ist die Teilhabe an Politik?

Diskussionsanstöße zu Gründen geringen Zugangs von Menschen mit einer sogenannten kognitiven Behinderung zu politischer Partizipation

Einleitung

Spätestens mit der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) im Jahr 2009 (vgl. Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen 2018) erfolgt eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten politischer Partizipation für Menschen mit Behinderungen. Doch der Anspruch und Leitspruch der Behindertenrechtsbewegung „Nichts über uns, ohne uns“ und die politische Realität klaffen weit auseinander: abseits der Wahlbeteiligungsquoten sind die Möglichkeiten – insbesondere für Menschen mit einer sogenannten kognitiven Behinderung – deutlich eingeschränkt (vgl. Baumann 2023, S. 13f.; BMAS 2021, S. 716ff.). Die Gründe dafür können vielfältig sein.

Im derzeit laufenden Forschungsprojekt mit dem Arbeitstitel *Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten politischer Partizipation von Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung im inklusiven Gemeinwesen* soll eine vertiefte Erfassung der Wirkfaktoren und Hindernisse im Feld der inklusiven politischen Partizipation unter Einbeziehung neuer Aspekte wie bspw. digitaler Möglichkeiten erfolgen. In diesem Artikel sollen erste Diskussionsanstöße dazu verdeutlicht werden.

Zunächst lohnt ein Blick auf die Begrifflichkeiten, bevor konkret auf Barrieren für politische Partizipation und Ansätze für die Ermöglichung politischer Partizipation eingegangen wird.

Was ist Politik und politisches Handeln?

„Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugutekommender Entscheidungen“ (Meyer 2010, S. 37). Zentrale Definitionsmerkmale des Politischen sind das Gemeinwohl und die Macht (vgl. ebd., S. 37ff.).

Macht definiert sich nach Hannah Arendt als die „Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur so lange existent, als die Gruppe zusammenhält“ (Arendt 1994, S. 45). Sie ist die „Formierung eines gemeinsamen Willens in einer auf Verständigung gerichteten Kommunikation“ (Habermas 1976, S. 947).

Politik handelt vom „Zusammen- und Miteinander-Sein der Verschiedenen“ (Arendt 1993, S. 9) und entsteht „im Zwi-

schen-den-Menschen“ (ebd., S. 11). Sie „organisiert […] die Verschiedenen im Hinblick auf relative Gleichheit“ (ebd., S. 12). Im Sinne der Macht eines sozialen Systems geht es um die Mobilisierung der Zustimmung, um bindende Entscheidungen zu schaffen: Die Verständigung der Verschiedenen auf gemeinsame Überzeugungen (vgl. Arendt 1968, S. 96).

Untersuchungsgegenstand von *politischem Handeln* ist im Rahmen des Forschungsvorhabens entsprechend die Anteilnahme am öffentlichen Leben und dessen Mitgestaltung bzw. die Mitwirkung bei gesamtgesellschaftlichen Regelungen im Rahmen des Gemeinwesens - auch von und durch Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung. Politisches Handeln umfasst außerdem ein Selbstverständnis als politische:r Akteur:in. Dazu gehören: politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Selbstbewusstsein. Letzteres hängt stark an der Erkennbarkeit der Wirkung der eigenen Handlungen und der Kontrollierbarkeit des Prozesses (vgl. Massing 2012, S. 261ff.; Meyer 2010, S. 144).

Politische Partizipation

Politische Partizipation ist die Beteiligung der Bürger:innen am politischen Prozess (vgl. Niedermayer 2005, S. 172ff.). Konkreter gefasst gehört dazu: kommunikatives Handeln (Aufnahme und Diskussion politischer Informationen), entscheidungskonformes Handeln (Befolgen von festgelegten Verhaltensregeln) und partizipatives Handeln (Freiwilliges Handeln zur Beeinflussung politischer Entscheidungen) (vgl. Niedermayer 2005, S. 156ff.). Politische Partizipation dient der Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Politische Absichten und Ziele werden damit zum Ausdruck gebracht (vgl. Gabriel 2022, S. 16f.). Über den Erfolg dieser Einflussnahme ist damit noch nichts ausgesagt.

Davon abzugrenzen sind:

- ‚Soziale Partizipation‘ als freiwillige Aktivität, die auf soziale Integration und Unterstützung ausgerichtet ist (vgl. Niedermayer 2005, S. 192ff.; Gabriel 2022, S. 22),
- ‚Handeln in Entscheidungsrollen‘ als öffentliche oder berufsmäßige Tätigkeit im politischen Feld, die über die Partizipation hinausgeht (vgl. Niedermayer 2005, S. 156) und
- ‚Politische Einstellung‘ als Interesse an oder Vertrauen in die Politik oder die Zufriedenheit mit der Demokratie; als Vorläufer oder Folge politischen Handelns (vgl. Gabriel 2022, S. 22).

Partizipation ganz konkret wird vor allem auch in (Stufen-)Modellen deutlich und überprüfbar. Das gilt für allgemeine und politische Partizipation gleichermaßen. Im laufenden Forschungsvorhaben wurde aus der Zusammenschau der Partizipationsphasen nach Sonja Moser (vgl. Moser 2010, S. 73ff.), der politischen Aktivitäten nach Oskar Niedermayer (vgl. Gabriel 2022, S. 54ff.), der Partizipationsstufen nach Sherry Arnstein (vgl. Arnstein 1969, S. 218ff.), der Partizipationspyramide nach Gaby Straßburger und Judith Rieger (vgl. Straßburger/Rieger 2015, S. 230) und der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) (vgl. WHO

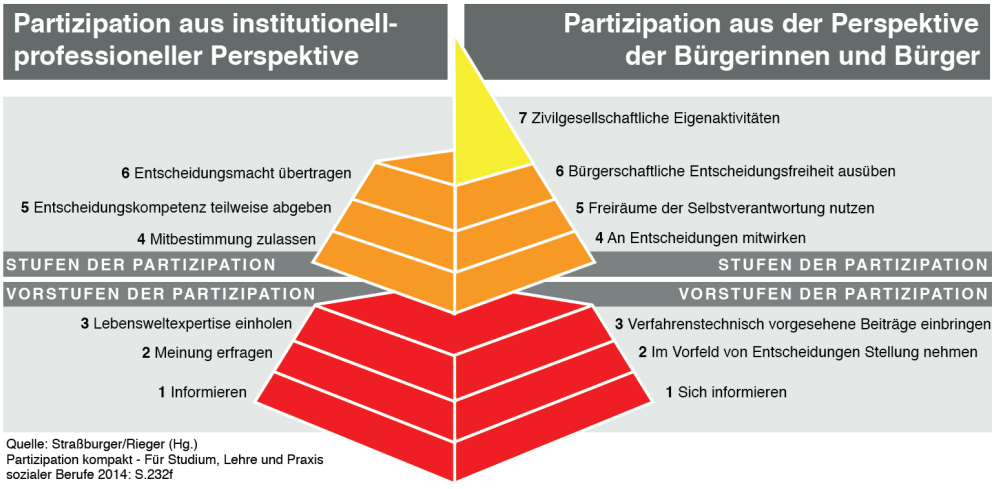

Abb. 1: Die Partizipationspyramide nach Straßburger/Rieger (2014, S. 232f.) gibt einen Einblick in die möglichen Akteur:innen-Rollen

2005, S. 121) eine Liste von Items zur Messung politischer Partizipation entwickelt.

Dem aktuellen Forschungsstand entsprechend ist neben der Abfrage der politischen Einstellung (Themenfeld: Wie denken Sie über Politik?) vor allem der Blick auf folgende drei Faktoren aus der Praxis politischer Partizipation für die Analyse hilfreich: das kommunikative Handeln (Themenfeld: Wie informieren Sie sich?), das partizipative Handeln (Themenfeld: Wie beteiligen Sie sich und entscheiden mit?) und die Reflexion des Handelns (Themenfeld: Wie erleben Sie Politik?).

Erfahrungen von Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung im Kontext politischen Handelns

In Bezug auf die Untersuchung politischen Handelns von Menschen mit (jeglicher Art von) Behinderung ist Folgendes festzustellen: Erstens: Die Befunde der Forschungsarbeiten zu ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit' (vgl. Heitmeyer 2012, S. 17) machen deutlich, dass Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung soziale Abwertung in einer Gesellschaft erleben, die auf Konkurrenz und Eigenverantwortlichkeit fokussiert ist (vgl. Heitmeyer 2012, S. 34f). Zweitens: Ein komplexes und zunehmend hierarchisches System differenzieller Teilhabe wird kontinuierlich aufgebaut. Eine ausgeprägte „Gewinner-Verlierer-Struktur" verstärkt die Gruppenzuordnung und -einordnung sowie Abgrenzungen der Gruppen untereinander. Dabei geht es „mindestens symbolisch" (Hark 2019, S. 23) um Zugehörigkeit oder Ausschluss (vgl. Hark 2019, S. 22f.; Neckel 2005) von Teilhabe. Drittens: Unter einem Leitbild eines „aktivierenden Staates" (Hark 2019, S. 28) sind vor allem aktive Bürger:innen notwendig (vgl. Hark 2019, S. 28); hier werden weder Solidarität noch Menschen, die auf Anerkennung angewiesen sind, mitgedacht. Dies ist allerdings grundlegend notwendig für die Teilhabe aller Bürger:innen; insbe-

sondere für die Teilhabe von Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung, welche aufgrund ihrer erhöhten sozialen Angewiesenheit und diverser Alltagseinschränkungen in diesen Strukturen eine Benachteiligung erfahren können.

Für Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung bestehen offensichtlich verfestigte lebenspraktische Grenzen: Sie „[leben] in vielen oder gar allen Lebensbereichen primär unter einem (pädagogischen) Protektorat verschiedener Einrichtungen der Behindertenhilfe […] und [führen] dort auch ihr Sozialleben“ (Trescher 2017, S. 244). Es bestehen wenig Berührungspunkte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, gesellschaftspolitischen Fragestellungen und Prozessen.

Im Kontakt mit einer sogenannten Allgemeingesellschaft erleben sie zudem eine andauernde Stigmatisierung: eine Erfahrung der Andersartigkeit, die ihre Identität in Frage stellt oder eine Identität als Mensch mit Behinderung (re)produziert (vgl. Trescher 2017, S. 248ff.).

Als mögliche Gründe für die Stigmatisierung gibt Katrina Scior (2011) folgende Aspekte an:

- über Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung besteht lediglich geringes Wissen,
- die öffentliche Haltung ist pro-inklusiv, die konkreten Berührungsängste jedoch eher hoch,
- es gibt zu wenig positive Kontakte mit Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung,
- es kommt zu einer stärkeren Abwertung im Vergleich zu Menschen mit Körperbehinderung und
- ihre Kompetenzen werden aberkannt (vgl. Scior 2011, S. 2166ff.).

An vielen Stellen wird immer noch ‚Andersheit‘ und nicht die Benachteiligung als Problem gesehen, die durch fehlende plurale Zugangs- und Nutzungswege und die fehlende Vielfalt von Aneignungsmöglichkeiten entsteht (vgl. Bösl 2010, S.12).

Die angeführten Aspekte sind als Begründung und Notwendigkeit für politisches Handeln von Erwachsenen mit sogenannter kognitiver Behinderung zu betrachten. Notwendig sind hierfür jedoch sowohl Zugänglichkeit, als auch vielfältige Angebote politischer Bildung und Partizipation, die eröffnet werden müssen, um die Rolle als Akteur:in zu stärken und sozial wahrnehmen zu können.

Mögliche Barrieren für politische Partizipation

Die nachfolgenden Gedanken sind als Diskussionsanstöße zu verstehen, ergänzen vorherige Ausführungen und sind nicht als abschließend und vollständig zu betrachten.

Mögliche Gründe für die Nicht-Partizipation können auf individueller, interaktioneller und auf struktureller Ebene liegen.

Auf *individueller* Ebene sind Barrieren zu verorten, die in der individuellen Lebenssituation von Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung liegen, wie beispielsweise eine erlernte Hilf- und Bedürfnislosigkeit (vgl. Konieczny 2018, S. 30; Winter/Willems 2000, S. 14; Theunissen 2009, S. 74). Zudem nimmt die sozio-ökonomische Ressourcenausstattung (vgl. Hagen 1999, S. 75ff.) Einfluss auf Optionen politischen Handelns. Ähnlich oder gleich wie bei Menschen ohne

Behinderung können fehlendes persönliches Interesse (vgl. Konieczny 2018, S. 30) und die politische Einstellung eine Barriere darstellen, aber auch ein geringes Bewusstsein darüber, ob und wie durch die eigene Aktivität politische Änderungen bewirkt werden können (vgl. Hagen 1999, S. 75ff.).

Barrieren, die auf der *interaktionellen* Ebene liegen, umfassen die Haltung der Assistenzpersonen, ein Nicht-gefragtwerden (vgl. Konieczny 2018, S. 30; Winter/Willems 2000, S. 14; Theunissen 2009, S. 74), zum Teil fehlende Angebote der Wissensvermittlung zu politischen Themen und Optionen politischer Partizipation, eine geringe Unterstützung beim Wissenserwerb oder fehlende Möglichkeiten politischer Partizipation.

Auch persönliche Abwertungs- oder Ausgrenzungserfahrungen können ein politisches Engagement verhindern.

Ein möglicher Grund für eine Nicht-Partizipation auf *struktureller* Ebene kann die „Beschaffenheit des politischen Felds“ (Nieß 2016, S. 113) sein. Politik wird als voraussetzungsreiches Feld beschrieben und wahrgenommen, das „durch Komplexität, Problemhaltigkeit, Konflikt und Unsicherheit“ (Reinhardt 2019, S. 16) gekennzeichnet ist (vgl. Baumann 2023a, S. 322). Auch die Erfahrung der ‚politischen Invisibilität‘ trägt zu einer fehlenden politischen Partizipation bei: Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung machen die Erfahrung, keine oder eine zu leise Stimme im demokratischen Prozess zu haben (vgl. Baumann 2023a, S. 325; Quinn/Degener 2002, S.25). Zudem könnte eine Zufriedenheit mit dem Stellvertreter:innen-System bestehen: „Auf politischer Ebene gilt also immer noch das Delegationsprinzip: Die Wohlfahrtsverbände kümmern sich um die Belange politischer Menschen. Hierbei vertreten sie in der Regel als Fremdhelfer die Interessen behinderter Menschen […]“ (Döring 2019, o.S.). Es ist zu diskutieren, ob auf struktureller Ebene eine systematische Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in politischer Kultur und Praxis besteht, da es z.B. aufgrund fehlender Barrierefreiheit in der jeweiligen Haltung, in baulichen und technischen Merkmalen und Informations- und Kommunikationsprozessen an Zugänglichkeit und Nutzbarkeit fehlt.

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde in einem ersten Schritt eines mixed-methods Ansatzes eine quantitative Befragung von 40 Selbstvertreter:innen mit Behinderung und Stellvertreter:innen, wie Angehörigen oder Mitarbeitenden von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung durchgeführt. Auf Basis einen selbst entwickelten Online-Fragebogens (Abfrage der zentralen Faktoren, siehe oben) ergab sich als erster Eindruck ein Zusammenspiel individueller, interaktioneller und struktureller Gründe für eine politische Nicht-Partizipation. Eine erste wichtige Aussage ist die Argumentation im Sinne der hohen Komplexität des politischen Feldes. Diese Komplexität liege konträr zu den individuellen behinderungsbedingten Eigenschaften und Ressourcen der Menschen mit sogenannter kognitiver Behinderung und aus (Selbst-)Schutz vor Überforderung steige man nicht in politische Partizipation ein, so die Aussage der Selbst- oder Stellvertreter:innen.

Es ist zu fragen, ob die Komplexität politischen Handelns nicht grundsätzlich ein Hindernis für politische Partizipation darstellt, unabhängig von einer

Behinderung oder eingeschränkten Lebenssituation, und auch, ob das aktuelle demokratische System noch auf dem deliberativen Gedanken und dem Gedanken der Verständigung beruht. Wenn nicht, ist es umso wichtiger, politisch aktiv zu sein und zu bleiben und genau dies einzufordern. Aus diesem Grund lohnt es sich, den Gedanken der ‚Übersetzbarkeit' zu verfolgen.

Baumann (2023) verdeutlicht, welche Aspekte zu einem Gelingen politischer Partizipation beitragen: Er hat vier wesentliche Einflussfaktoren herausgearbeitet, die das Ausmaß von Verwirklichungschancen (Gelingensbedingungen) sowie deren Umsetzung zu einem Teilhabeergebnis im Kontext politischer Partizipation bestimmen:

- Überschneidung und erlebte Einheit von individueller Lebenswelt und ‚politischer Welt',
- subjektive Bedeutsamkeit politischer Inhalte und Partizipation für das eigene Leben und die eigenen Werte,
- fehlendes oder eingeschränktes politisches Wissen als maßgebliche Barriere,
- soziales Umfeld als Barriere oder Gelingensbedingung (z.B. hinsichtlich einer politischen Prägung) (vgl. Baumann 2023, S. 324).

Hinweise für die Praxis: Übersetzbarkeit von Politik

Um das politische Handeln zu ermöglichen oder zu stärken, gibt es verschiedene Ansätze, welche die Übersetzbarkeit von Politik betreffen und entsprechend der letztgenannten Forschungsergebnisse zu einem Gelingen politischer Partizipation beitragen.

Übersetzung durch Verständlichkeit

Leichte und einfache Sprache sind spezielle Schriftsprachen, die die Inhalte zugänglicher machen und damit größere Barrierefreiheit von Informationen und Texten ermöglichen. Ziel der Konzepte ist es, sprachliche Hürden abzubauen, die in Standardsprache oder auch in Fachsprachen vorhanden sind und sie schwer verständlich machen.

Die Lebenssituationen und Zielgruppen unterscheiden sich allerdings stark: „Dort, wo Menschen mit Behinderungen betroffen sind, ist die Sprachgemeinschaft insgesamt in der Pflicht, sprachliche Register zu (er)finden und zu verwenden, die ihnen einen Zugang zu Informationen und eine Teilhabe an Kommunikation ermöglichen" (Stefanowitsch 2014, S. 17f.). Die Lösung sprachlicher Schwierigkeiten kann nicht ohne Weiteres die Vermeidung oder drastische Vereinfachung komplexer Register sein (vgl. ebd. S. 17f.). Es geht einerseits um eine „zielgruppengerechte[n] Information [‚die] sowohl auf die vorhandenen Sprachkompetenzen als auch auf das Vorwissen zu einem bestimmten Thema abstell[t]" (Fröhlich/Candussi 2015, S. 30), andererseits um eine qualitativ hochwertige sprachliche Bildung der Angesprochenen (vgl. Stefanowitsch 2014, S. 17f.).

Übersetzung durch Alltagsnähe

In ‚Demokratie-Werkstätten für alle', also in inklusiven Angeboten für Menschen mit und ohne Behinderung, werden etwa politische Themen lebensweltorientiert und alltagsnah aufbereitet. Demokratietheoretische, historische, ökologische,

soziale oder prozessbezogene Themen werden auf die persönlichen, regionalen und gemeinwohlorientierten Bezüge adaptiert. Das fördert die Kenntnisse zum Themenfeld, aber auch die Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden. Verstehen entsteht vor allem über praktische Anschauung oder Erfahrung. Mit dem Verstehen wachsen Verbundenheit und Verantwortungsübernahme (vgl. Netzwerk Inklusion 2024, o.S.).

Übersetzung in andere Formen

Ausgehend vom deliberativen Gedanken werden zur Weiterentwicklung von politischem Handeln auch andere oder weitere demokratische Formate und Ansätze benötigt:

- dialogorientierte Formate wie Bürger:innenversammlungen mit einer Diskussionskultur, die das ‚Lagerdenken' (wir gegen die) überwindet und verschiedene Positionen und Personen berücksichtigt (vgl. Hasel 2019, S. 17f.),
- eine Zunahme an deskriptiver Repräsentation in den Parlamenten statt substantieller/inhaltlicher Repräsentation (vgl. Hasel 2019, S. 24f.),
- mehr Entscheidungspolitik (Sachlogik) statt Darstellungspolitik (Wirkungslogik) (vgl. Hasel 2019, S. 37f.),
- eine partizipatorische Demokratievorstellung, die Menschen als mündig und verantwortungsfähig ansieht (vgl. Hasel 2019, S. 41f.),
- eine Politik, die Gemeinsamkeiten statt Unterschiede sucht (vgl. Hasel 2019, S. 55f.),
- alle Prozessbeteiligten müssen lernen, Unsicherheit und Uneinigkeit auszuhalten (vgl. Hasel 2019, S. 93),
- Stärkung einer folgerichtigen Entwicklung: Beteiligung stärkt die Bereitschaft, sich zu informieren, Information stärkt die Bereitschaft zum Perspektivwechsel (vgl. Hasel 2019, S. 97f.).

Schließlich stellt sich die Frage nach Begegnungsflächen mit der Politik. Wo können mit vergleichsweise geringem Aufwand Partizipationsmöglichkeiten auf lokaler und/oder digitaler Ebene für Menschen mit Behinderung möglichst barrierefrei gestaltet werden? Diese Frage muss in jedem Gemeinwesen, sollte in jeder Institution beantwortet werden und kann in jeglicher Interaktion, gerade auch in Selbst- und Interessenvertretungen, eingeübt werden.

Fazit

Unabhängig von den benannten Ansätzen sind natürlich auch individuelle Lösungen zu suchen und zu finden. Eine generelle Lösung für eine heterogene Gruppe wie Menschen mit einer sogenannten kognitiven Behinderung oder überhaupt für eine stark divers gestaltete Gesellschaft wird es nicht geben können. Da Inklusion, Partizipation und Demokratie aber auch prozesshaft sind, muss es normierte Lösungen auch nicht geben.

Politische Erwachsenenbildung im Kontext von Inklusion und Behinderung sollte sich trotz vieler individueller, interaktioneller und struktureller Barrieren auch im Sinne von Allyship – als Einsatz von eher privilegierten Menschen für Menschen, die Benachteiligung oder Dis-

kriminierung erfahren (vgl. Karpa 2024, o.S.) – weiterhin für die Umsetzung von Partizipationsmöglichkeiten einsetzen, so dass Inklusion und Teilhabe gelebt werden können.

Dazu gehört die flächendeckende Umsetzung bereits erprobter Formate, die alltagsintegriert, auch informell und/ oder non-formal, mit Peer-to-Peer-Elementen, barrierearm und bedürfnisorientiert (vgl. Ackermann 2019) gestaltet sind. Damit würden Chancen für Bildung und für die Erweiterung von Fähigkeiten ebenso eröffnet, wie für eine konsequente Umsetzung der oben skizzierten Übersetzungsmöglichkeiten.

Literatur

Ackermann, Karl-Ernst (2019). Inklusive Erwachsenenbildung in Deutschland. Beispiele inklusiver Angebote für Menschen mit Lernschwierigkeiten. In: Weiter bilden, 26 (2019) 1, S. 17–20.

Arendt, Hannah (1968): Über die Revolution. Frankfurt am Main.

Arendt, Hannah (1993): Was ist Politik. In: Arendt, Hannah; Ludz, Ursula (Hg.): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. München, S. 9–12.

Arendt, Hannah (1994): Macht und Gewalt. 9. Aufl. München, Zürich.

Arnstein, Sherry (1969): A Ladder Of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners. 35 (4), S. 216–224.

Baumann, Simon (2023): Politische Partizipation von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung. Bad Heilbrunn.

Baumann, Simon (2023a): Politische Partizipation von Menschen mit sog. geistiger Behinderung: Barrieren & Gelingensbedingungen, Anerkennung & Repräsentanz. In: Sonderpädagogische Förderung heute. S. 321-328.

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen (2018): Die UN-Behindertenrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die amtliche, gemeinsame Übersetzung von Deutschland, Österreich, Schweiz und Lichtenstein. Im Internet: www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/CRPD/CRPD_Konvention_und_Fakultativprotokoll.pdf (Stand: 19.09.2024)

Bösl, Elsbeth (2010): Die Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik aus Sicht der Disability History. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung. 23/2010, S. 6–12.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2021): Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. Bonn.

Döring, Kai (2019): UN-Behindertenrechtskonvention. Menschen mit Behinderung müssen mit Gesicht und Stimme vertreten sein. Im Internet: https://vorwaerts.de/artikel/menschen-behinderung-gesicht-stimme-vertreten (Stand: 25.04.2019)

Fröhlich, Walburga / Candussi, Klaus (Hg.) (2015): Leicht lesen. Wien.

Gabriel, Oscar W. (2022): Politische Partizipation. Eine Einführung in Theorie und Empirie. Wiesbaden.

Habermas, Jürgen (1976): Hannah Arendts Begriff der Macht. In: Merkur 30, (Nr. 341), S. 946–960.

Hagen, Martin (1999): Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie. In: Kamps, Klaus (Hg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 63–81.

Hark, Sabine (2019): Solidarität subaltern. Demokratische Zerreißproben in neoreaktionären Zeiten. In: Köttig, Michaela; Röh, Dieter (Hg.): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zu Demokratieförderung und Partizipation. Leverkusen, S. 22–35.

Hasel, Verena Friederike (2019): Wir wollen mehr als nur wählen. Wie wir die Demokratie retten können. München.
Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2012): Deutsche Zustände. Frankfurt am Main.
Karpa, Jonas (2024): Allyship – Warum wir als behinderte Menschen Verbündete brauchen. In: Die Neue Norm, 12. Juli 2024. Im Internet: https://dieneuenorm.de/gesellschaft/allyship-warum-wir-als-behinderte-menschen-verbuendete-brauchen/ (Stand: 30.07.2024)
Konieczny, Eva (2018): Chancen der Förderung politischer Partizipation von Menschen mit Behinderungen. In: Teilhabe. 56 (1), S. 30–36.
Massing, Peter (2012): Politisches Handeln – Versuch einer Begriffsklärung. In: Weißeno, Georg; Buchstein, Hubertus (Hg.): Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen. Bonn, S. 257–270.
Meyer, Thomas (2010): Was ist Politik? 3. Aufl. Wiesbaden.
Moser, Sonja (2010): Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen. Wiesbaden.
Neckel, Sighard / Sütterlüty, Ferdinand (2005): Negative Klassifikationen. Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration.Wiesbaden, S. 409–428.
Netzwerk Inklusion Landkreis Tirschenreuth (2024): Demokratie-Werkstatt für alle. Im Internet: www.inklusion-tirschenreuth.de/wiederkehrende-aktivitaeten-und-projektgruppen.html#proj6 (Stand: 14.07.2024)
Niedermayer, Oskar (2005): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Wiesbaden.
Nieß, Meike (2016): Partizipation aus Subjektperspektive. Zur Bedeutung von Interessensvertretung für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Wiesbaden.
Quinn, Gerard / Degener, Theresia (2002): Human Rights and Disability. The current use and future potential of United Nations human rights instruments in the context of disability. New York and Geneva.
Reinhardt, Sibylle (2019): Fachdidaktik. Politik-Didaktik – Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin.
Scior, Katrina (2011): Public awareness, attitudes and beliefs regarding intellectual disability: a systematic review. In: Research in developmental disabilities. 32 (6). S. 2164–2182.
Stefanowitsch, Anatol (2014): Leichte Sprache, komplexe Wirklichkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung. 64 (9-11/2014), S. 11–18.
Straßburger, Gaby; Rieger, Judith (2015): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. 1. Aufl. Weinheim, Basel.
Straßburger, Gaby; Rieger, Judith (2019): Partizipation kompakt. Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe. 2. Aufl. Weinheim, Basel.
Trescher, Hendrik (2017): Behinderung als Praxis. Biographische Zugänge zu Lebensentwürfen von Menschen mit ‚geistiger Behinderung'. Bielefeld.
Theunissen, Georg (2009): Empowerment und Inklusion behinderter Menschen. Eine Einführung in die Heilpädagogik und soziale Arbeit. Freiburg i. Br..
Winter, Thomas / Willems, Ulrich (2000): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen.
World Health Organization (WHO) (2005): ICF – Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit. Genf.

Christina Ponader
Sozialpädagogin M.A. (FH)
Leitung Netzwerk Inklusion
Landkreis Tirschenreuth,
Landkreis Tirschenreuth (Bayern)
christina.ponader@lh-tir.de

Foto: Privat

Christine Wolf

Einerseits und Andererseits: Persönlichkeitsentwicklung als Voraussetzung für (politische) Partizipation

Ein Erfahrungsbericht aus der Praxis

Einleitung

Am 16. Mai 2019 wurden die sogenannten Wahlausschlüsse von Menschen mit Behinderungen vom Deutschen Bundestag aufgehoben. Seitdem gilt auch für Menschen mit einer (geistigen) Behinderung das inklusive Wahlrecht in Deutschland.[1] Dies ist ein weiterer Schritt zur Realisierung der (insbesondere politischen) Teilhabe ALLER in unserer demokratischen Gesellschaft und somit ein Beitrag zur Gleichberechtigung aller Menschen in diesem Land.

Die Gesetzesänderung von 2019 war nicht unumstritten. Weil befürchtet wurde, dass die Menschen mit (geistiger) Behinderung in ihrer Wahlentscheidung manipuliert werden könnten, stieß das inklusive Wahlrecht teilweise auf heftige Kritik. Andererseits gibt es vielfältige Angebote zu politischer Bildung für und mit Menschen mit (geistiger) Behinderung, die – nach meiner Erfahrung – z.B. gerne von Beschäftigten der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen (WfbM) wahrgenommen und begeistert erlebt werden.

In diesem Artikel werde ich meine Erfahrungen aus der Seminararbeit in inklusiven Zusammenhängen mit den Schwerpunktthemen Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit darstellen. Mit der Weitergabe meiner Beobachtungen und den gewonnenen Erkenntnissen möchte ich aufzeigen, dass die gleichwertige Teilhabe aller Menschen in dieser Gesellschaft (z.B. an Wahlen) auch eines gleichwertigen Umgangs miteinander bedarf. Wenn Menschen mit (geistiger) Behinderung in ihrer Sozialisation die Chance von Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Selbstbewusstsein erfahren, dann haben sie auch die Möglichkeit dazu, diese Fähigkeiten als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft zu leben. Um diese Überlegungen zu realisieren und Veränderungen zu initiieren, bedarf es eines Perspektivwechsels sowohl von Seiten der Menschen ohne, als auch seitens der Menschen mit (geistiger) Behinderung – also „einerseits“ und „andererseits“.

Demokratisch denken?! – Persönlichkeitsentwicklung als wichtige Voraussetzung

Seit mehr als 20 Jahren begleite ich Menschen in Prozessen der Persönlichkeitsentwicklung. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages für das inklusive

Vgl. im Internet: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw11-de-teilhabe-wahlrecht-595320.

Wahlrecht habe ich mit Freuden begrüßt, und ich möchte mit großem Elan daran gehen, die neuen Wähler:innen dafür zu begeistern, ihr Kreuz auf dem Wahlzettel als selbstbestimmte und demokratisch denkende und handelnde Menschen zu machen.

Mit diesem Satz löse ich hoffentlich Empörung aus, denn wie kann ich es wagen, mit großer Selbstverständlichkeit davon auszugehen, dass Menschen mit (geistiger) Behinderung nicht selbstbestimmt und demokratisch denken und handeln?!?

Ich behaupte dies, weil es meine Erfahrung ist, immer und immer wieder. Diese Erfahrung rührt nicht daher, dass die Menschen eine (geistige) Behinderung haben, sondern dass sie oftmals in ihrer Sozialisation durch Menschen ohne Behinderung und/oder durch sich selbst behindert werden. Diese „Selbstbehinderung“ geschieht nach meinen Beobachtungen aus einem Unwissen über sich selbst heraus, das für ganz selbstverständlich gehalten wird.

Zu meinem beruflichen Alltag gehört es, Menschen in Veränderungsprozessen zu begleiten. Die Entwicklung einer selbstbestimmten Persönlichkeit ist das Ziel meines Wirkens. Dabei setze ich auf Menschenkenntnis, systemorientiertes Arbeiten und die Arbeit mit inneren Werten.

Persönlichkeitsentwicklung bedeutet in meiner Arbeit einerseits, in sich selbst den Zugang zur eigenen Persönlichkeit, zu Talenten, Fähigkeiten, selbstbestimmten Ideen und inneren Impulsen zu entdecken, andererseits aber auch Selbstverhinderungsstrategien zu erkennen und anzugehen, Abhängigkeiten und Vermeidungsstrategien herauszukristallisieren und zu verabschieden.

Persönlichkeitsentwicklung ist ein Prozess, der nie fertig ist, der aber auf stetiges Wachstum in sich selbst hinzielt. Prozesse dieser Art benötigen einen geschützten Raum, der es den beteiligten Personen – in Seminaren oder auch in Einzelberatungen – ermöglicht, sich zu öffnen, auf problematische innere Themen zu schauen und einen individuellen Hebel zur Veränderung zu entdecken. Durch strukturiertes Vermitteln von Techniken und Werkzeugen gelingt es, den Personen ein individuell erarbeitetes Handwerkszeug mitzugeben, mit dem sie sich in diesen Veränderungsprozessen zwischen den (Seminar-)Einheiten selbst begleiten und an ihren eigenen Erfahrungen wachsen können.

„Haltungswende“ als beispielhafte Technik zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung

An dieser Stelle möchte ich meine Art und Weise, Persönlichkeitsentwicklungen zu begleiten, am Beispiel einer Technik erläutern, die ich als „Haltungswende“ bezeichne.

Jede/r Teilnehmende erforscht zunächst in sich selbst Situationen, von denen er/sie weiß, dass er/sie sich kraftvoll und voll im eigenen Element fühlt (z.B. beim Singen, Kochen, Wandern, als Freund*in etc.). Das gute Gefühl, das an diese Situation gekoppelt ist, gilt es erst intensiv zu prüfen, zu vertiefen und spontan abrufbar zu machen. Nun wird dieses gute Gefühl mit sich selbst in problematischen Situationen erfahrbar gemacht. Das Erleben der Teilnehmenden ist, dass durch dieses kraftvolle eigene Gefühl ein

neuer Blickwinkel auf problematische Situationen entsteht und daraus ein neues Verhalten – ohne vorheriges Planen – möglich wird. Verändert sich so das Gefühl in problematischen und der Blickwinkel auf problematische Situationen, entsteht eine neue kraftvolle innere Haltung zu dieser Situation und ein anderes Verhalten und Reagieren aus der eigenen Kraft heraus wird möglich.

Die hier als „Haltungswende“ benannte Methode ist aus meiner Erfahrung in der Begleitung von Menschen in Prozessen der Persönlichkeitsentwicklung heraus entstanden und enthält u.a. Elemente aus der systemischen Arbeit, der Integrierten Lösungsorientierten Psychologie, der Visualisierungsarbeit, dem Neurolinguistischen Programmieren (NLP) und der Körperarbeit.

Inklusive Seminare auf Augenhöhe

Seit mehreren Jahren gebe ich Seminare in inklusiven Zusammenhängen in Kooperation mit Hochschulen, Behörden und Werkstätten für Menschen mit (geistiger) und ohne (geistige) Behinderung. Die Erkenntnisse, die ich in diesen Zusammenhängen gewonnen, und die Beobachtungen, die ich gemacht habe, nähren bei mir die Gewissheit, dass auf beiden Seiten – also „einerseits und andererseits“ – Veränderungen dringend notwendig sind. Ich stelle mir immer wieder die Frage, was denn eigentlich „behindert sein“ bedeutet und wozu es dient, die Unterscheidung von „behindert / nicht behindert“ ständig zu benennen und zu betonen. Solche Fragestellungen sind wichtig, um wach und kritisch zu bleiben bei all den Beobachtungen, die ich in inklusiven Zusammenhängen mache; gerade auch dann, wenn es in den Seminaren um Fragen politischer Partizipation geht.

In den inklusiven Seminaren, die ich gestalte, geht es vor allem darum, dass alle Teilnehmenden auf Augenhöhe miteinander umgehen und die wertende Einteilung in „behindert / nicht-behindert“ entfällt. Dieses Miteinander auf Augenhöhe im Sinne von Gleichberechtigung fällt anfangs beiden Seiten sehr schwer, da die Unterscheidung von „behindert / nicht-behindert“ im alltäglichen Miteinander so normal erscheint, so gewohnt, so anerzogen und antrainiert ist.

Um ein Miteinander auf gleicher Ebene – also eine gleichwertige Begegnung aller – zu realisieren, bedarf es meinerseits am Anfang vieler Unterbrechungen, in denen ich zunächst einmal auf die genannte Unterscheidung im Umgang miteinander aufmerksam mache. Die Menschen ohne Behinderung – in den Seminaren sind dies z.B. Gruppenleiter:innen der WfbM, Vertrauenspersonen des Werkstattrats und/oder der Frauenbeauftragten der WfbM – sind nicht als Begleitpersonen für die Menschen mit (geistiger) Behinderung anwesend, sondern als Teilnehmende. Alle Seminarteilnehmenden sind gleichberechtigt im Prozess der Persönlichkeitsentwicklung mit dabei.

Doch diese Art des Miteinanders von Gleichen und Gleichberechtigten bildet nicht den Alltag der Teilnehmenden ab, und somit fällt das Ungleichgewicht oftmals erst dann auf, wenn ich darauf aufmerksam mache. Da alle Teilnehmenden zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung am Seminar teilnehmen, ist die inklusive Seminarsituation eine Unterbrechung in

der gewohnten Fürsorgesituation und bestehenden Hierarchiestruktur.

Diese Irritation üblicher Strukturen, Situationen und eingespielter Beziehungen scheint ein wichtiger Baustein für die Ermöglichung von Teilhabe – auch von politischer Partizipation – zu sein. Ich erlebe immer wieder, dass die Irritationen in inklusiven Seminaren zur Persönlichkeitsentwicklung eine gute Möglichkeit sind, sich von „hohen Rössern" einerseits und vom ewigen „Sich-Minderwertig-Fühlen" andererseits zu verabschieden. Doch bevor es möglich ist, sich von einem Rollenverständnis zu lösen, steht das Verdeutlichen und Begreifen der vorhandenen Verhaltensweisen im Vordergrund.

Meine Erfahrung ist, dass erst nach dem Erkennen des Wertegefälles im Umgang miteinander die Entscheidung getroffen werden kann, das eigene Verhalten und Rollenverständnis verändern zu *wollen*. Den Spiegel des eigenen Verhaltens im Gegenüber zu erkennen und die ans eigene Verhalten gekoppelten Auswirkungen zu bemerken, eröffnet die Chance, die eigene wichtige Rolle hin zur Gleichberechtigung aller zu entdecken. Genau diese Erkenntnis für sich selbst macht es möglich, nicht nur das eigene Verhalten zu begreifen und das Ausmaß der Verhaltensauswirkungen bei anderen zu bemerken, sondern durch das Verändern des eigenen Verhaltens auch etwas für einen Perspektivwechsel zu einem gleichwertigen Miteinander zu tun. Diese persönliche Entwicklung bewirkt, dass immer mehr Schritte hin zu einer Selbstbestimmung *für alle* möglich sind.

Anerkennung von Gleichheit, Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit statt Betonung der Unterschiede

Mir fällt immer wieder auf, dass Gleichheit, Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung von Menschen mit (geistiger) Behinderung nicht als selbstverständlich gelten. Doch daraus ist wohl niemandem ein Vorwurf zu machen, da sich die Sozialisation von Menschen mit (geistiger) Behinderung und von Menschen ohne (geistige) Behinderung in unserer Gesellschaft sehr unterscheiden.

Darüber hinaus beobachte ich, dass es normal zu sein scheint, dass ein Ungleichgewicht im Verhalten der Menschen zueinander entsteht, sobald Menschen mit (geistiger) und Menschen ohne (geistige) Behinderung aufeinandertreffen. Auf beiden Seiten ist sowohl Unsicherheit und Nicht-Verstehen spürbar. Um diese Beziehungsmuster zu ändern, bedarf es meiner Ansicht nach der Bereitschaft auf beiden Seiten, sich selbst und das eigene Verhalten infrage zu stellen.

Ich möchte an dieser Stelle den vielleicht eigenwilligen Vergleich zum Wahlrecht von Frauen ziehen und folgende Fragen in den Raum stellen: Hat es nicht auch mit der Einführung des Wahlrechts für Frauen im vergangenen Jahrhundert Veränderungen in Richtung Gleichwertigkeit, Gleichberechtigung und Gleichheit gegeben, die uns heute dieses Wahlrecht als gesellschaftliche Normalität erscheinen lassen? Hat nicht auch diese Gesetzesänderung viele Veränderungen im Rollenverhalten von Frauen und Männern nach sich gezogen? Die Sozialisation von Frauen hat sich seitdem sehr gewandelt. Wurde all den Frauen damals

womöglich auch unterstellt, dass sie nicht fähig sind, selbstbestimmt ein Kreuz auf einem Wahlzettel zu machen?

Wie das Frauenwahlrecht vor hundert Jahren bietet das inklusive Wahlrecht heute einen Anstoß und eine Chance für mehr Gleichberechtigung. Die Beschäftigung mit dem Thema Persönlichkeitsentwicklung in inklusiven Seminaren kann dazu beitragen, eingefahrene Verhaltensmuster aufzugeben und die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen zur gesellschaftlichen Normalität werden zu lassen.

Unterschiede im Kontext (geistiger) Behinderung

In WfbM mache ich oft die Beobachtung von hierarchischen Begegnungen. Nach wie vor erlebe ich, dass manche Gruppenleitungen die Menschen mit (geistiger) Behinderung wie kleine Kinder ansprechen und dass auch die Stimmlage um einiges hochtöniger ist. Die Reaktionen der Menschen mit (geistiger) Behinderung sind erschreckend für mich, denn sie reagieren weder empört noch irritiert, da für sie diese Ansprache scheinbar normal ist, auch wenn sie wissen, dass die Gruppenleitungen vollkommen anders miteinander sprechen, wenn sie unter sich sind.

Alle Gruppenleitungen meinen es ja gut und wollen helfen. Ich stelle mir allerdings die Frage, ob es tatsächlich hilfreich ist, erwachsenen – und seit 2019 auch wahlberechtigten – Menschen mit einer (geistigen) Behinderung wie Kleinkindern zu begegnen. Doch solange sich niemand beschwert und niemand darauf aufmerksam macht, fällt es im antrainierten Miteinander ja gar nicht auf. Es ist so normal, so normal für alle, für beide Seiten.

Es ist auch interessant zu beobachten, dass Menschen mit (geistiger) Behinderung untereinander oftmals selbstbewusst und locker sprechen, doch sobald eine Gruppenleitung dazukommt, entmündigen sie sich selbst und begeben sich sofort in die minderwertigere Rolle, in der sie sich auch als minderwertig behandeln lassen. Auch an dieser Stelle ist es meine Erfahrung, dass ein Umdenken und ein Perspektivwechsel Veränderung im Miteinander bewirken können.

Beide Seiten erhalten dieses Rollengefälle in Begegnungen im Alltag üblicherweise aufrecht. Und doch: Es besteht auf *beiden* Seiten auch die Möglichkeit, Veränderungsschritte zu gehen.

Immer wieder erlebe ich, dass ein Aufzeigen dieses Handelns und Verhaltens, das an die Selbstverständlichkeit der entsprechenden Rollen gekoppelt ist, Betroffenheit bei allen Beteiligten auslöst. Das gegenseitige Rollenverhalten war den Menschen einfach nicht bewusst. Meine Erfahrung ist, dass nach dem Schreckmoment des Erkennens sofort ein Bestreben zur Veränderung auftritt. Es hatte nur vorher niemand bemerkt oder kommentiert.

Wenn es an dieser Stelle einen Perspektivwechsel und ein verändertes Rollenverhalten gibt, so hat dies sicherlich auch Auswirkungen auf die (politische) Partizipation. Womöglich ist dies ein Schritt in die Richtung von selbstverständlicher und selbstbewusster Teilhabe und Teilnahme in unserer Gesellschaft.

Aufgrund meines Praxiserlebens in inklusiven Seminaren mit dem Schwerpunkt der Persönlichkeitsentwicklung be-

trachte ich es für umsetzbar, dass Menschen ohne (geistige) Behinderung mit erwachsenen und wahlberechtigten Menschen mit (geistiger) Behinderung sich als gleichwertig begegnen und auch so miteinander sprechen, mehr noch, dass sie auf Augenhöhe miteinander umgehen und arbeiten können.

Außerdem ist meine Erfahrung, dass Menschen mit (geistiger) Behinderung bereit sind, die Eigenverantwortung zu übernehmen, die ihnen möglich ist. Das ist oft viel mehr als ihnen zugetraut wird. Dazu gehört ganz gewiss auch immer wieder – seitens der Menschen mit (geistiger) Behinderung – sich von der sozialisierten Opferrolle, von den antrainierten Minderwertigkeitsgefühlen, zu verabschieden und sich für die eigenen Bedürfnisse einzusetzen. Hierfür bedarf es sicherlich der Unterstützung, da diese Selbstverständlichkeit von Gleichwertigkeit und Eigenverantwortung bisher zu wenig im Bewusstsein von Menschen mit (geistiger) Behinderung verankert ist.

Seit der Verabschiedung des inklusiven Wahlrechts im Jahre 2019 gibt es zwar viele Angebote zu politischer Bildung, doch es stellt sich mir erstens die Frage, wer von den Menschen mit einer (geistigen) Behinderung über diese Angebote informiert ist, und zweitens, auf welchen Nährboden dieses Wissen fällt.

Bedarf es nicht vielleicht – parallel zu diesen Bildungsangeboten – auch der Möglichkeiten, die Persönlichkeitsentwicklung der Menschen mit (geistiger) Behinderung zu unterstützen? Wie viele Angebote zur Persönlichkeitsentwicklung liegen für diese Personengruppe vor?

Es gehört eben nicht zum inklusiven Alltag der Menschen mit (geistiger) Behinderung, dass sie

- sich eine eigene Meinung bilden und diese vertreten,
- sich klar über die eigenen Bedürfnisse sind und sich für ihre Umsetzung einsetzen,
- die eigene Meinung gleichberechtigt in Diskussionen vertreten,
- erleben, dass ihre Aussagen und Meinungen gleichberechtigt behandelt werden,
- sich nachhaltig für die eigene Sache einsetzen und nachhaken,
- zunächst eine Lebensvision entwickeln, dann reale Ziele erarbeiten, die sie daraufhin umsetzen und
- Zugang zu ihren inneren Werten haben, diese benennen und diese Werte dann als inneres Barometer für ihre Lebensgestaltung nutzen.

Doch all dies zu lernen ist möglich – für jeden Menschen.

Um Demokratie zu leben, bedarf es sicherlich auch der Fähigkeit, diskutieren zu können, Ideen zu entwickeln und sich für diese einzusetzen. Die Fähigkeit zu haben, sich eine eigene Meinung zu bilden, die eigenen inneren Werte und die eigenen Vorstellungen von Gemeinschaft zu vertreten und sich als gleichwertiger Teil dieser Gesellschaft zu fühlen, ist meiner Ansicht nach erstrebenswert für jedes wahlberechtigte Mitglied einer demokratischen Gesellschaft.

Ausblick

Ich träume von einer inklusiven Gesellschaft, in der auch Menschen mit (geistiger) Behinderung nicht nur ihren Platz haben, sondern die sie mitgestalten können. Weiterhin werde ich mich für das

Thema Eigenverantwortung begeistern, mich dafür einsetzen, dass eine gegenseitige Unterstützung auf Augenhöhe normal wird und kein Mensch mehr auf die Idee kommen muss, zu einer minderwertigen Randgruppe zu gehören. Diese Zukunft ist eine Vision; sie Wirklichkeit werden zu lassen, bedarf noch großer Anstrengungen.

Aktuell erlebe ich noch, wie Menschen mit (geistiger) Behinderung ohne Regung hinnehmen, dass die Mutter bedenkenlos und ohne zu fragen den Wahlschein wegwirft, dass das Bedürfnis nach einem Praktikumsplatz in eine Unendlich-Warteschleife gehängt wird, dass die Unterstellung von Faulheit regungslos hingenommen wird – auch wenn dies nicht der Realität entspricht. Ich höre, dass Eltern nachts mit ihrem erwachsenen Sohn mit einer geistigen Behinderung spazieren gehen, damit die anderen Menschen tagsüber nicht belästigt werden und der Sohn nicht den verachtenden Blicken anderer ausgesetzt ist. Ich bekomme mit, dass Menschen offen dafür beschimpft werden, dass sie leben, obwohl sie doch eine Behinderung haben und den Staat so viel Geld kosten. Und nur allzu oft mache ich die Erfahrung, dass Menschen mit (geistiger) Behinderung den unwürdigen „Behinderten-Bonus“ bekommen, der jedes Verhalten von Seiten des Menschen mit (geistiger) Behinderung scheinbar erklärt und oft bagatellisiert.

Mit dieser Aufzählung negativer Erfahrungen und Erkenntnisse möchte ich keinesfalls auslösen, dass Menschen mit (geistiger) Behinderung bedauert werden sollten, denn das würde sie nur wieder in ihrer Opferrolle bestätigen. Mit diesen Beispielen möchte ich die Notwendigkeit von Veränderungen betonen, und gleichzeitig darauf verweisen, wie wichtig es ist, dass gerade Menschen mit (geistiger) Behinderung an diesen Veränderungen mitwirken. Ich möchte ihnen Mut machen, die Rolle der gleichwertigen wahlberechtigten Person selbstbewusst zu füllen, um dann neue lebensfrohe Beispiele für Gleichwertigkeit und Eigenverantwortung aufzählen zu können.

Mich selbst ermutigen die Beispiele aus meinen inklusiven Seminaren, die zeigen, wie die Persönlichkeit von Menschen mit (geistiger) Behinderung sich entwickelt und gestärkt hat. Ich sehe:

- eine Teilnehmerin, die sich beharrlich dafür eingesetzt hat, den Führerschein machen zu können und die sich damit aus der Warteschleife von unklaren Antworten herausbewegt hat;
- Teilnehmende, die sich selbstbewusst mir gegenüber behaupten und darauf bestehen, ausreden zu wollen, obwohl sie sich doch noch ein paar Seminartermine zuvor kaum getraut haben, den Mund aufzumachen;
- eine Teilnehmerin, die sich traut zuzugeben, dass sie nicht weiß, wie sie E-Mails schreiben soll, und die im Seminar organisiert hat, E-Mails schreiben zu lernen.
- Teilnehmer, die sich zutrauen, doch einen Arbeitsplatz außerhalb der WfbM anzugehen.

Es geht darum, dass den Menschen mit (geistiger) Behinderung ihre Fähigkeiten bewusst sind und diese sichtbar werden, denn dies stärkt nicht nur das Selbstbewusstsein, sondern motiviert zum eigenverantwortlichen Handeln. Dies durfte

ich erleben, als ein Seminarteilnehmer mit (geistiger) Behinderung sich für das Funktionieren digitaler Technik einsetzte und damit für die gesamte Gruppe einen barrierefreien Zugang zu dieser Technik ermöglichte.

Diese positiven Beispiele machen deutlich, dass Perspektivwechsel im Miteinander und das Erkennen und Nutzen von Fähigkeiten auch die Chance auf die Teilnahme an z.B. politischer Bildung bzw. politischer Partizipation erhöhen können.

Ich möchte zudem allen Menschen, nicht nur den Menschen mit (geistiger) Behinderung, Mut machen, auftauchende Krisen auf dem Weg der Veränderungen als Chance für Wachstum, Ertüchtigung und mehr Selbstvertrauen zu betrachten und nicht als Katastrophe. Denn eine Gesellschaft, in der es normal ist, zu lernen und Krisen zu bewältigen, ist eine kreative, lebendige und starke Gesellschaft.

Christine Wolf
Systemorientiertes Coaching/Beratung
mit den Schwerpunkten: Persönlichkeitsentwicklung,
Menschenkenntnis (Psychografie, Enneagramm),
Prozessarbeit
LGM@tinewolf.de
www.LeichtGesinntMenschlich.de

Foto: Privat

Angela Meuter-Schneider

Politische Bildung für alle

Ein Erfahrungsbericht über das Projekt „Entwicklung von Bildungsformaten für junge Menschen in einfacher Sprache“ – gefördert vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Im Jahr 2023 konnte das Politische Bildungsforum NRW der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dank der Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen mittels des Innovationsfonds ein „Herzensprojekt“ verwirklichen. Wir haben wichtige Themen (u.a. Europa und Digitalkompetenz) für junge Menschen in den Blick genommen und diese in „einfacher Sprache“ angeboten. Alle Formate richteten sich an die Zielgruppen Förderschüler:innen sowie Schüler:innen mit Beeinträchtigungen und Lernschwierigkeiten. Bei der inhaltlichen und methodischen Neuentwicklung aller Veranstaltungen orientierten wir uns an ihren Bedarfen und Wünschen und erprobten diese dann gemeinsam mit ihnen.

1. Die Idee: Formate in einfacher Sprache

Im Rahmen meiner Arbeit als Referentin für Schule und Jugend in Nordrhein-Westfalen ist mir zunehmend bewusster geworden, dass wir unsere Bildungsangebote (Seminare, Workshops, Exkursionen und JugendpolitikTage) nicht allen Jugendlichen zugänglich machen. Wir sind seit vielen Jahren mit unterschiedlichsten Themen und Referierenden an Gymnasien, Real- und Gesamtschulen sowie Berufschulen aktiv. Förderschulen jeglicher Art konnten wir aber mit unseren bisherigen Formaten nicht bedienen. Da der Bedarf an niedrigschwelligeren Angeboten auch von zahlreichen Lehrkräften an uns herangetragen wurde, stellten wir uns der Herausforderung, unsere Zielgruppen und unser Portfolio zu erweitern. Vor etwa drei Jahren habe ich dementsprechend angefangen, mich mit Bildungsangeboten in einfacher Sprache zu beschäftigen. Da eine wörtliche Eins-zu-eins-Übersetzung unserer Angebote in einfache Sprache nicht zielführend sein konnte, wurden gemeinsam mit Expert:innen in den einzelnen Themenbereichen und pädagogischen Fachkräften die Anforderungen für ein sinnvolles Angebot gesammelt und erarbeitet. Schnell stellte sich heraus, dass ein Angebot für Jugendliche mit Beeinträchtigungen anders gedacht und methodisch-didaktisch neu entwickelt werden musste. Da es meine Absicht war, möglichst viele Zielgruppen anzusprechen, sollten diese neuen Formate vielseitig und anpassbar auf die jeweilige Ziel- bzw. Teilnehmendengruppe sein. Besonders der letzte Punkt machte die Entwicklung schwierig, da viele Anbieter:innen von Planspielen, Seminaren und Konzepten zwar spannende Inhalte und interessante Formate haben, aber die Übertragbarkeit und An-

passung auf heterogene Zielgruppen bisher nicht gewährleisten können.

2. Themenauswahl und Entwicklung der „Formate in einfacher Sprache“

Durch die Förderung des Innovationsfonds war ich 2023 in der Lage, neue Anbieter:innen und Referent:innen zu akquirieren, die mit Freude an dem Projekt mitgewirkt haben. Da ich nur ein dreiviertel Jahr für die Entwicklung und Umsetzung zur Verfügung hatte, habe ich mich auf drei Themenbereiche fokussiert: „Europa“, „Demokratieförderung und -verständnis“ sowie „Ökonomie im Alltag“. Diese drei Bereiche waren mir von meinen Lehrer:innenkontakten als die dringlichsten benannt worden.

Ergänzend zu meinen Erfahrungen vermuteten meine Kolleg:innen von der DigitalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung (die es sich zum Ziel gesetzt hat, über Chancen und Gefahren sozialer Medien aufzuklären und Schüler:innen dabei hilft, eigene Botschaften gegen Hass im Netz zu formulieren) bereits im Jahr 2019, dass Förderschüler:innen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung erheblich mehr Erfahrung mit digitalen Medien haben, als Lehrkräfte und Eltern unter Umständen annehmen. Daher initiierte die DigitalAkademie gemeinsam mit der Universität Köln das Forschungsprojekt „DiGGi_Koeln - Digitalisierung im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung in der Region Köln“, in welchem die Nutzung digitaler Medien an Förderschulen detailliert wissenschaftlich untersucht und Defizite bei der Nutzung identifiziert werden sollten. Auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse wurden anschließend mit Förderschullehrer:innen, Medienexpert:innen sowie Sonderpädagog:innen vier Trainingsmodule erstellt, die jeweils in zweitägige Workshops für Förderschüler:innen umgesetzt wurden. Fragen rund um Digitalisierung konnten somit als viertes Thema in einfacher Sprache vermittelt werden.

Die vier Trainingsmodule im Bereich Digitalisierung befassen sich mit den Themen Cybermobbing, Cybergrooming, Medienrecht sowie Medienproduktion. Das gesamte Projekt wurde durch die Corona-Pandemie zwischenzeitlich zwar für eine längere Zeit ausgebremst, im Jahr 2023 konnte das Modul Cybermobbing aber schließlich erstmals als Pilotprojekt an zwei Förderschulen getestet und durch den Innovationsfonds gefördert werden.

3. Von Europa über Wirtschaft und Medienkompetenz bis hin zur regionalen Erinnerungskultur – unsere Formate in einfacher Sprache

Europa

In Zusammenarbeit mit dem CIVIC Institut für internationale Bildung haben wir das Programm „Lebensentscheidungen – Wählen in Europa“ entwickelt, welches barrierefrei und in leichter Sprache für verschiedene Zielgruppen geeignet ist. Der Testlauf fand an einer Schule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung statt und ist sowohl von den Teilnehmenden als auch vom pädagogischen Personal in der Durchführung positiv bewertet worden. Die sehr heterogene Schülergruppe er-

forderte während des zweitägigen Seminars häufige Anpassungen im Ablauf und bei den Methoden – den Referentinnen gelang es sehr gut, die Inhalte kreativ zu präsentieren. Insbesondere durch die aktive Beteiligung der Teilnehmenden (z.B. bei Silbenrätseln, Flaggenbestimmung sowie Puzzeln oder Malen) konnten die Inhalte nachhaltig und mit viel Spaß vermittelt werden.

In einem zweiten Seminarteil unternahm die Gruppe dann eine dreitägige Exkursion nach Brüssel, wo die Jugendlichen die Europäischen Institutionen besucht haben, ihr Wissen über Europa und das Wahlsystem unter Beweis stellen konnten und Brüssel auf Barrierefreiheit „getestet" haben. Eine zweite Gruppe hat das Seminar dann ebenfalls mit großem Elan absolviert.

Wirtschaft

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Ökonomische Bildung der Universität Oldenburg (IÖB) wurden sprachsensible Arbeits- und Unterrichtsmaterialien sowie eine Handreichung für Lehrkräfte für den Bereich „Ökonomie im Alltag" entwickelt. Zwei Referentinnen des IÖB haben das Seminarkonzept und die Lehrmaterialien mit zwei Gruppen eines Berufskollegs getestet. Bei der ersten Gruppe handelte es sich um Schüler:innen in der Ausbildungsvorbereitung mit sehr geringer Aufmerksamkeitsspanne, kognitiven Einschränkungen und Auffälligkeiten im Sozialverhalten. Das dreitägige Programm ist von dieser Gruppe sehr gut angenommen worden, und alle Inhalte wurden vermittelt. Auch hier mussten während des Seminars die Themen und Inhalte (Haushaltsplanung, Schulden und Kredite, Versicherungen sowie Geldanlage) angepasst und die Materialien modifiziert werden. Ein zweiter Durchlauf wurde mit einer Klasse mit dem Förderschwerpunkt Deutsch durchgeführt. Hier handelte es sich um Jugendliche mit Flucht- und Migrationshintergrund, die maximal seit zwei Jahren in Deutschland leben. Die Herausforderung bei dieser Gruppe lag in der Vermittlung und Übersetzung der Inhalte, da die Jugendlichen nicht nur die Inhalte kognitiv erfassen mussten, sondern auch die Übersetzung in ihre jeweiligen Muttersprachen zu leisten hatten. Hier wurden von den Referent:innen verschiedene Methoden eingesetzt, die aus dem Fachbereich „Deutsch als Fremdsprache" abgeleitet wurden. Die erarbeiteten und angepassten Unterrichtsmaterialien sind nach finaler Überarbeitung sowohl von uns als auch vom IÖB veröffentlicht (Material – Institut für Ökonomische Bildung: IÖB – DE, ioeb.de) und für die Schulen freigegeben worden; sie können jetzt von interessierten Lehrkräften im Sozialwissenschafts- oder Wirtschaftsunterricht eingesetzt werden.

Medienkompetenz

Für die Zielgruppe Schüler:innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung wurden neue Herangehensweisen erprobt. Methodisch fanden – beispielsweise durch den Einsatz von Silbenschrift und Kommunikationstafeln – Anpassungen statt; personell, durch eine Vervierfachung des Personalschlüssels. Inhaltlich erfolgten Modifikationen durch eine Reduktion auf die allerwichtigsten Inhalte: Definition von Cybermobbing, Analyse von Chatverläufen, Erläuterung von Handlungsoptionen und praktische Übungen. Mit diesem Ansatz wurden im Jahr 2023 zwei Workshops zum Thema

Cybermobbing als Pilotprojekte durchgeführt und nach ihrer Auswertung methodisch nachgeschärft. Am Ende jedes Workshops fassten die Teilnehmer:innen ihre Erkenntnisse in Form eines gemeinsam erstellten Plakats zusammen. Damit befanden sich die wichtigsten herausgearbeiteten Verhaltensregeln im Umgang mit digitalen Medien permanent an der Wand des betreffenden Klassenraums, um Cybermobbing in Zukunft zu verhindern oder doch zumindest angemessen begegnen zu können.

Erinnerungskultur

Unsere Referentin für Erinnerungskultur und Gedenkstättenfahrten hat für ihren Fachbereich ein Konzept zur „Erinnerungskultur auf Augenhöhe“ für Förderschulen entwickelt und als Pilotveranstaltung durchgeführt. Im Rahmen dieses zweitägigen Bildungsformats besuchten Schüler:innen eine regionale NS-Gedenkstätte und nahmen an einem Workshop des Zweitzeugen e.V. an ihrer Schule teil. Diese Bildungsveranstaltung konnte und kann an zwei aufeinanderfolgenden Tagen durchgeführt werden, sie lässt sich jedoch auch zeitlich flexibel für zwei separate Seminartage planen. Das Programm kann ergänzend zu einer Gedenkstättenfahrt an eine größere Gedenkstätte im In- oder im Ausland, und zwar zur Vor- oder zur Nachbereitung, genutzt werden. Wir empfehlen allerdings den Einsatz zur Vorbereitung, um die Aufnahmefähigkeit und den emotionalen Umgang der Zielgruppe mit der Thematik NS-Erinnerungskultur auszuprobieren und um auf die Thematik und den Umgang damit vorzubereiten. Das erste Seminar fand mit einer Förderschule für Sprache und Autismus statt, teilgenommen haben 16 Jugendliche. Wichtig war hier die Begleitung durch vertraute Lehrpersonen und eine pädagogisch ausgebildete Tagungsleitung (i.d.R. Student:innen einer pädagogischen Fachrichtung, die die Teilnehmer:innen vor Ort betreuen und für den reibungslosen organisatorischen Ablauf der Veranstaltung verantwortlich sind). Die Gruppe besuchte am ersten Tag das EL-DE-Haus/NS-Dokumentationszentrum in Köln, wo ein auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden abgestimmtes Führungsprogramm, welches einen biografischen Workshop beinhaltete, stattfand. Der zweite Tag wurde durch den Zweitzeugen e.V. als Workshop im Rahmen der eigenen Schule gestaltet. Wir haben bewusst auf festgeplante Pausenzeiten und Programmpunkte verzichtet. Vielmehr lag der Fokus auf der Beobachtung der Gruppe, um auf emotionale Veränderungen eingehen zu können und die Jugendlichen in ihrem Lernprozess und bei dessen Verarbeitung zu unterstützen.

4. Erfolgsfaktoren und Besonderheiten bei der Durchführung

Die Heterogenität der Zielgruppen als besondere Herausforderung wurde bereits erwähnt und war uns auch vorab bekannt. In der Umsetzung der Programme aber sind dann doch einige Besonderheiten aufgetreten, die wir aus unserer Arbeit an Regelschulen so nicht kannten.

Flexibilität

Trotz vorheriger Absprachen mussten wir unsere Programmzeiten immer wieder anpassen, Programmpunkte verschieben oder tauschen, was von Seiten der

Referent:innen sehr viel Flexibilität erforderte. Ob es jetzt individuelle Pflegeeinheiten waren, die Überforderung einzelner Teilnehmer:innen oder auch das ausgeprägte Interesse und die Freude an bestimmten Inhalten oder Methoden – die Durchführung der Veranstaltungen war geprägt durch viel Bewegung, Improvisation, gegenseitiges Lernen und Rücksichtnahme. So entstand eine besondere Lernatmosphäre, da die Jugendlichen mit viel Begeisterung dabei waren und sich aktiv einbrachten. Durch eine klare Kommunikation seitens der Lehrkräfte und auch der Schüler:innen wurden wir rechtzeitig auf eine drohende Überforderung hingewiesen und konnten die Inhalte und Zeiten entsprechend anpassen. Die wichtigsten Inhalte wurden häufig wiederholt, um die Vermittlung sicherzustellen. Es hat sich gezeigt, dass die angewandten Methoden (besonders die kreativen Ansätze wie Malen und Basteln, körperliche Bewegung bei Positionierungen zu Aussagen oder der Einsatz von Zielscheiben zur Lernkontrolle) dazu beitrugen, dass die Jugendlichen neues Wissen mitnehmen und verinnerlichen konnten. Positiv bei allen Veranstaltungen war die ausgeprägte Einsatzbereitschaft und das Engagement der Lehrkräfte und des Betreuungspersonals, ohne die die Seminare so nicht hätten durchgeführt werden können. Eine Einbindung beider Personengruppen sowohl im Vorfeld bei der Planung als auch während der Veranstaltungen hat sich nicht nur als wertvoll, sondern auch als unbedingt notwendig erwiesen.

Das Zeitproblem

Neben der Entwicklung von geeigneten Konzepten und der Akquise von Referent:innen mit entsprechenden Qualifikationen und Kompetenzen galt es, mit sehr knappen zeitlichen Ressourcen auszukommen. Da der Förderzeitraum für das gesamte Projekt nur neun Monate umfasste, musste die Entwicklung der Konzepte, die Auswahl von Kooperationspartner:innen und Schulen und die Testphase in einem sehr knappen Zeitfenster erfolgen. Dadurch konnten viele Ideen und Wünsche nicht berücksichtig werden, und auch die geplante Dokumentation und Veröffentlichung der Materialien und die Schulung der Lehrkräfte konnten erst nach Ablauf des Projektzeitraums umgesetzt werden.

5. Wie geht es weiter?

Wir planen, das Programm zur Demokratieförderung final zu entwickeln und zu testen. Die bereits durchgeführten Formate werden in unser Fachprogramm Schule & Jugend 2024/2025 aufgenommen und den Förderschulen und Berufskollegs in NRW angeboten. Die neu erarbeiteten Formate sollen vermehrt durchgeführt werden, um damit für hoffentlich viele Jugendliche den Zugang zur politischen Bildung und zu außerschulischen Bildungsangeboten zu verbessern. Wir werden uns weiter für das Thema stark machen. So wird Ende dieses Jahres ein öffentlicher inklusiver JugendpolitikTag zum Thema „*Gemeinsam Mittendrin – Europa (mit-) gestalten*“ als Kooperationsveranstaltung mit der Volkshochschule Düsseldorf stattfinden. Mit diesem JugendpolitikTag möchten wir junge Menschen mit und ohne Behinde-

rung an Politik heranzuführen und ihnen ihre Rechte verdeutlichen. Viele haben das Gefühl, dass über sie statt mit ihnen entschieden wird. Zugleich wollen und sollen junge Menschen an Politik und damit gleichzeitig an einer Gesellschaft teilhaben, in welcher ihre Fähigkeiten – nicht ihre Behinderungen – im Fokus stehen. Die Teilnehmenden sollen auf ihre Kompetenzen aufmerksam machen können und diese für eine aktive Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen. Wir möchten an dem JugendpolitikTag die Chancen und Möglichkeiten aufzeigen, die allen offenstehen. Die Fortsetzung und Verbreitung der „Formate in einfacher Sprache“ liegt uns in Nordrhein-Westfalen am Herzen, und wir hoffen auf noch viele interessante Begegnungen mit jungen Menschen.

6. Unsere Erfahrungen – eine kurze Bewertung

Wollen wir das Projekt abschließend bewerten, so können wir auf jeden Fall sehr positiv vermerken, dass das Interesse an „Formaten in einfacher Sprache“ sowohl bei Kooperationspartner:innen als auch bei den anvisierten Zielgruppen sehr groß war und ist. Die Mitarbeit der Jugendlichen, die Freude und das Interesse an den Themen und Methoden haben die Durchführung der einzelnen Maßnahmen sehr positiv beeinflusst. Den Jugendlichen war anzumerken, dass derartige außerschulische Bildungsangebote etwas Besonderes und eine neue Erfahrung für sie darstellten. Ebenso ist die Betreuung und Unterstützung durch das pädagogische Personal bei allen Maßnahmen außergewöhnlich engagiert gewesen, so dass sich die Referent:innen intensiv um die Programmdurchführung und -anpassung kümmern konnten. Um die Formate weiterhin zielführend umsetzen zu können, sollte auch in Zukunft auf den Einsatz von pädagogisch geschultem Personal geachtet werden. Alle Beteiligten sollten für die Anforderungen und Bedarfe der Zielgruppe sensibilisiert sein und einen professionellen Umgang damit gewährleisten können.

Angela Meuter-Schneider M.A.
Referentin für Schule und Jugend in Nordrhein-Westfalen
Regionalbüro Rheinland der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Politische Bildung
angela.meuter-schneider@kas.de

Foto: Privat

Evelyn Linde

Machtkritische inklusive Erwachsenenbildung

Ein Plädoyer für politische Grundbildung mit globalen Perspektiven

Einleitung

In einer komplexen, krisenhaften, ungerechten und widersprüchlichen Welt ist es schwierig, sich zu orientieren, eine politische Meinung zu bilden und diese aktiv zu vertreten. Noch herausfordernder ist dies für Personen, die alltäglich Barrieren der Partizipation erleben. Dabei ist wichtig, dass auch Menschen, die aufgrund von Lernschwierigkeiten, Behinderungen oder geringen Lese- und Schreibfähigkeiten gesellschaftlichen Ausschluss und Diskriminierung erfahren, ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Prozessen bilden, sich empowern und die komplexe und ungerechte Welt mitgestalten können. An diesem Punkt setzt eine machtkritische politische Grundbildung an.

1. Die Arbeit vom F3_kollektiv und die Frage: Für wen gibt es (machtkritische) politische Bildung?

Das F3_kollektiv gestaltet seit 2019 machtkritische Bildungsarbeit zu globalen und innergesellschaftlichen Machtverhältnissen. Neben Workshops an Schulen, Grundbildungs-Kursen und Seminaren für Multiplikator:innen bietet das F3_kollektiv auch Gespräche in einfacher Sprache zu Kunstausstellungen an. Das Kollektiv wurde in Köln gegründet, die zehn Mitglieder sind allerdings bundesweit aktiv. Die Mitglieder verbindet eine machtkritische Haltung und der Wunsch, kollektiv machtkritische Bildung zu gestalten. Entsprechend dem Motto „bilden. suchen. verändern“ hat sich das Kollektiv in den letzten Jahren weiterentwickelt.

Das F3_kollektiv hat mit machtkritischer Bildungsarbeit für Jugendliche und (junge) Erwachsene angefangen. Jedoch haben wir uns bereits bei der Gründung vorgenommen, unsere Bildungsarbeit auch auf gering literalisierte Erwachsene auszuweiten. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Einerseits gibt es in der politischen Bildung zu globalen Machverhältnissen kaum Angebote in einfacher Sprache, in der Grundbildung andererseits finden wir wiederum nur wenige Angebote zu machtkritischer politischer Bildung.

Inhalte

Wenn wir generell und in den Kursen von politischer Grundbildung sprechen und diese vermitteln, dann meinen wir damit mehr als das Verstehen von Wahlen und politischen Systemen. Es geht uns auch um die Befähigung, sich an gesellschaftspolitischen Prozessen rund um Themen wie beispielsweise Klimakrise, Digitalisierung oder Geschlechtergerechtigkeit beteiligen zu können. Das bedeutet auch, dass wir in einer globalisierten Welt den Einbezug von Perspektiven aus dem Globalen Süden oder die Auseinan-

dersetzung mit globalen Zusammenhängen nicht für zu komplex halten. Vielmehr sollte es Aufgabe politischer Grundbildung sein, den Zugang auch zu diesen komplexen Perspektiven zu eröffnen. Denn nicht zuletzt bringen, wie bei vielen Zielgruppen, auch gering literarisierte Erwachsene durch persönliche Bezüge Wissen zu globalen Fragestellungen mit.

Zielgruppe

Seit 2021 machen wir Angebote zu machtkritischer politischer Grundbildung für gering literalisierte Erwachsene. Je mehr Erfahrungen wir im Grundbildungsbereich sammeln, umso greifbarer wird, was über die Heterogenität dieser Zielgruppe geschrieben wird: In einigen Grundbildungskursen sitzen beispielsweise mehr Menschen mit Deutsch als Erstsprache, in anderen sind Teilnehmende mit vielfältigen Sprachkenntnissen vertreten. An einigen Kursen nehmen Beschäftigte aus Werkstätten für behinderte Menschen teil, an anderen Menschen mit diversen Lernbeeinträchtigungen. Für eine inklusive machtkritische (politische Grund-)Bildung braucht es also vor allem die Achtsamkeit, sich auf jede Gruppe und die jeweiligen Teilnehmenden neu einzulassen und sich an ihnen zu orientieren. Von dieser Form der Binnendifferenzierung können wahrscheinlich auch viele Akteur:innen der allgemeinen Erwachsenenbildung lernen.

Sprache

Neben Diskussionen über Methoden, Themen und den jeweiligen Level der Alphabetisierung (Alpha-Level) haben wir auch wiederholt über die zu verwendende Sprache diskutiert; ob beispielsweise einfache oder Leichte Sprache inklusiver und zielgruppengerechter sind. Hierzu liegen unterschiedliche Einschätzungen vor. Statt sich am Ende der Diskussion ausschließlich für einfache oder für Leichte Sprache zu entscheiden, ist es aus unserer Sicht gewinnbringender, um die jeweiligen Vor- und Nachteile sowie um die Ein- und Ausschlüsse zu wissen und dieses Wissen je nach Zielgruppe anzuwenden. Wir finden es gut, den Unterschied zwischen Leichter und einfacher Sprache bekannter zu machen und auch das Wissen zu verbreiten, dass es für die Übersetzung in Leichte Sprache und deren Prüfung finanzieller und personeller Ressourcen bedarf.

2. Bildungsmaterialien und Angebote des F3_kollektivs in einfacher Sprache

Das F3_kollektiv konzipierte im Jahr 2022 Materialien und Methodenbeschreibungen für machtkritische politische Grundbildung auf der Wortebene (Alpha-Level 2). Sie sind in einfacher Sprache verfasst. Eine Ausnahme bildet das Video zu Fake News, das in Leichter Sprache produziert wurde. Die Materialien sind als Creative Commons By S.A. lizenziert und seit Januar 2023 auf der Website www.digital-global.net frei verfügbar. Die Bildungsmaterialien sind also sogenannte Open Educational Resources (OER) und wurden sowohl für die Anwendung in Präsenz- als auch in Online-Seminaren entwickelt. Die interaktiven digitalen Bildungstools hat das F3_kollektiv mit der freien und offenen Software H5P erstellt.

Das F3_kollektiv hat insgesamt sechs Übungen entwickelt, die methodisch unterschiedlich aufgearbeitet sind:

- *Fokus Lernatmosphäre*
  Unserer Erfahrung nach ist es sehr wichtig, zu Beginn eine gute Gruppen- und Lernatmosphäre sowie einen guten gemeinsamen Abschluss mit Raum für Feedback zu schaffen. Deshalb stellen wir Übungen zum Einstieg und Abschluss bereit.

- *Fokus Digitalisierung*
  Die Methode „Digitalisierung in Bildern“ regt die Teilnehmenden zu einem Austausch über den Begriff der Digitalisierung an. Sie lernen ein Wort kennen, das in Wirtschaft und Politik in aller Munde ist und üben es zu lesen. Anhand von Bildern erkennen sie Bezüge zu ihrem Alltag und lernen verschiedene Aspekte und globale Dimensionen des Begriffs kennen. Sie tauschen sich über ihre Assoziationen zu den Bildern aus. Abschließend werden sie ermutigt, ihre Meinungen zur Digitalisierung auszudrücken.

- *Fokus Klimagerechtigkeit*
  In der Übung zum Thema „Klimakrise, Strom und Internet“ visualisieren Piktogramme die Inputs und die hieran anschließenden Quiz-Fragen. Schrittweise wird der Zusammenhang zwischen dem weltweit steigenden Energiebedarf für das Internet und Konflikten rund um die Energieproduktion und Klimakrise vermittelt. In den Workshops werden Gespräche über fossile und erneuerbare Energien angeregt. Über ein Bild wird außerdem eine Gruppe aus dem Globalen Süden vorgestellt, die für Klimagerechtigkeit kämpft.

- *Fokus Geschlechtergerechtigkeit*
  In der Übung „Mit Social Media für Geschlechtergerechtigkeit“ erschließt sich die Lerngruppe das Thema Hashtag und dessen Nutzung gegen das weltweite Problem der Feminizide anhand des Beispiels *#NiUnaMenos* (Nicht eine einzige weniger). Die weltweite Bewegung hat ihren Ursprung in Argentinien. Das F3_kollektiv hat ein interaktives Video produziert, in das mit einem H5P-Tool zwischendurch kleine Übungen eingebaut sind. Wir empfehlen, das Video in der Gruppe gemeinsam zu schauen und die Übungen gemeinsam zu lösen. Wie bei jeder unserer Methoden erfolgt anschließend ein moderierter Austausch und eine gemeinsame Reflexion.
  Das Thema geschlechtliche Vielfalt wird wiederum über die Auseinandersetzung mit dem Gendersternchen in einer beispielhaften Stellenanzeige („Programmierer*in gesucht“) eingeführt. Es wird vermittelt, dass es auch nicht-binäre Geschlechter gibt. Nicht-binäre Menschen identifizieren sich nur teilweise oder gar nicht als weiblich und auch nicht als männlich, sondern als etwas abseits davon. Es gibt also mehr als nur binäre Geschlechtsidentitäten, wie cis Frauen und Männer, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugeschrieben wurde, oder trans Frauen und Männer, die sich nicht oder nicht nur mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde und das deshalb vor einer

Personenstandsänderung z.B. in ihrem Reisepass steht. Dies erklärt eine Expertin, die selbst Lernerin in der Grundbildung ist. Sie teilt in dem Video ihre Erfahrungen als trans Frau und regt somit zu Perspektivwechseln und Empathie an. In der Reflexion haben Teilnehmende beispielsweise neues Bewusstsein für Diskriminierungen gezeigt oder sich darüber ausgetauscht, wie sie sich solidarisch verhalten können.
Bei den Übungen, die explizit geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung thematisieren, ist besonders wichtig, dass die Gruppe bei der Themenauswahl beteiligt ist, und dass es Personen möglich gemacht wird, nicht teilzunehmen. Hinweise dazu befinden sich in den sogenannten Fallstricken, die wir am Ende jeder Methodenbeschreibung aufführen.

- *Fokus Fake News*
  Zum Thema Fake News hat das F3_kollektiv ein Video in Leichter Sprache produziert. Teilnehmer:innen lernen sechs Gründe kennen, warum Menschen Fake News verbreiten: Aufmerksamkeit, Hass, Meinungen ändern, Macht, Geld verdienen und Neugier. Anschließend üben sie, Fake News auch ohne gute Lese- und Schreibkenntnisse zu erkennen, indem sie anhand von Leitfragen eine fiktive Meldung analysieren.

Die hier kurz vorgestellten Materialien eignen sich sehr gut für die machtkritische politische Grundbildung; Geschlechtergerechtigkeit, globale Perspektiven auf die Klimakrise oder eine kritische Auseinandersetzung mit Digitalisierung bieten diverse Möglichkeiten der Befähigung zur politischen Beteiligung. Die Auseinandersetzung mit Fake News, Streaming oder Hashtags bildet zudem eine Schnittstelle zur (machtkritischen) digitalen Grundbildung.

Wir erfahren einerseits immer wieder, wie herausfordernd es ist, die Komplexität der Themen binnendifferenziert zu vermitteln, andererseits hilft es, bei jedem der Themen einen Bezug zur Lebenswelt der Grundbildungsteilnehmenden herzustellen, damit genau dies gelingt.

Eine machtkritische und diskriminierungssensible Haltung einzunehmen ist ein kontinuierlicher Prozess, zu dem wir auch in der Grundbildung ermutigen würden. Gerade weil viele Teilnehmende von Grundbildungsangeboten Diskriminierungserfahrungen mitbringen, kann es empowern, über Probleme, Ungleichheiten und Machtverhältnisse zu sprechen und Handlungsperspektiven kennenzulernen. Als Kollektiv legen wir einen Fokus auf kollektive Handlung(smöglichkeit)en und finden es wichtig, kritisch über das transformative Potential der individuellen Handlungsebene zu diskutieren. Insbesondere bei Personen, die in der Gesellschaft privilegiert positioniert sind, sollte man nicht auf der individuellen Ebene stehen bleiben. In der Grundbildung sehen wir aber, dass individuelle Handlungsmöglichkeiten Empowerment bedeuten können; das schließt nicht aus, auch in der Grundbildung über diese individuelle Ebene hinauszublicken.

3. Zwischen Empowerment und der Reflexion von Machtverhältnissen: die konkrete Arbeit des F3_kollektivs

Workshops im Kontext machtkritischer politischer Grundbildung

Die folgenden zwei Beispiele verdeutlichen, wie wir uns in Workshops zwischen der individuellen und kollektiven, bzw. gesellschaftspolitischen Handlungsebene bewegen. Bei einem Workshop zu „Programmierer*in gesucht“ haben die Teilnehmenden zum ersten Mal von geschlechtlicher Vielfalt gehört und sich darüber ausgetauscht, wie sie sich auch selbst respektvoll und unterstützend verhalten können. Sie erfahren in dem Video allerdings auch, wie sich die Expertin gesellschaftlich und politisch engagiert. Bei einem Workshop, bei dem Teilnehmende den #NiUnaMenos als Strategie gegen Feminizide kennengelernt haben, war die weltweite Nutzung von Social Media zur kollektiven Organisierung und als Strategie gegen Gewalt neu für sie. Das hat zu einem Austausch geführt, was die Personen auch individuell in ihrem (familiären) Umfeld tun können. In beiden Fällen haben wir außerdem Informationen zu Beratungsstellen in der Region ausgeteilt, die bei Gewalt oder Fragen zu Gender-Identitäten und sexuellen Orientierungen aufgesucht werden können. Es ist wichtig diese Informationen an alle auszuteilen, damit keine Person transparent machen muss, dass sie diese Informationen für sich selbst oder ihr Umfeld nutzen möchte.

Ausflüge im Kontext machtkritischer politischer Grundbildung

In dem Projekt „Feministische Solidarität“ (das Projekt wird durch die Stiftung für Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, durch Engagement Global mit Mitteln des BMZ sowie von Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes gefördert) haben wir das Veranstaltungsformat der Ausflüge eingeführt. Die Idee ist, dass Gruppen sich einen Ort in ihrer Umgebung erschließen, der für sie ein Raum zum Lernen, zur Unterstützung oder sogar für eigenes Engagement werden kann. Während des Projektes hat sich gezeigt, dass bei der Durchführung von Workshops in Gruppen selbst Wünsche geäußert wurden, welche Orte die Teilnehmenden gerne kennenlernen würden. Wir haben diese Interessen aufgegriffen und entsprechende Angebote als Ausflugsziele recherchiert. Eine Gruppe hat beispielsweise ein Welthaus kennengelernt, das in der Stadt an unterschiedlichen Orten die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, z.B. SDG 5: Geschlechtergleichheit) vorstellt. Eine andere Gruppe lernte einen Radiosender im Bürgerfunk kennen, der aus einer intersektionalen Perspektive über Gerechtigkeitsthemen berichtet. Die Teilnehmenden äußerten, wie empowernd es war, dass ihnen zugehört wurde und dass sie ihre Stimme auch für einen Radio-Beitrag nutzen können.

Die Idee der Ausflüge entstand aus den Erfahrungen, die wir in Kooperationen mit Kunst-Galerien sammelten. Galerien, die ihre Ausstellungen auch Zielgruppen zugänglich machen wollten, für die der Ort sonst nicht zugänglich ist, ha-

ben uns zu Workshops in einfacher Sprache eingeladen. Wir haben ausgewählte Ausstellungsstücke dafür genutzt, um in ein Gespräch über die gesellschaftspolitischen Themen der Ausstellung zu kommen. Damit Menschen zu dem Angebot kommen, ist der persönliche Kontakt und eine persönliche Betreuung (z.B. Fotos als Wegbeschreibung) wichtig. Bei unserem Ausflugs-Format ist es also ein Vorteil, dass wir mit bestehenden Kursen die Orte aufsuchen. Für die Teilnehmer:innen war es in beiden Fällen eine besondere Erfahrung, sich einen neuen Ort zu erschließen und sich anhand der Menschen, Räume und Gegenstände vor Ort auf eine andere Art und Weise inhaltlich mit Themen beschäftigen zu können.

Fortbildungen für Multiplikator:innen

Unsere Bildungsmaterialien stehen, wie oben beschrieben, zur freien Nutzung zur Verfügung. Deshalb bieten wir im Rahmen unserer Projekte auch Fortbildungen für Multiplikator:innen an, bei denen Interessierte die Anwendung der Materialien kennenlernen und diskutieren können. In den kostenfreien Angeboten geht es außerdem darum, eine machtkritische Haltung zu stärken. In dem Projekt „Feministische Solidarität“ haben wir beispielsweise eine Online-Fortbildung zu geschlechterreflektierter Grundbildung angeboten. In Präsenz boten wir in Kooperation mit verschiedenen Volkshochschulen Fortbildungen zu machkritischer politischer Grundbildung mit globalen Perspektiven an. Interessierte können uns auch jenseits unserer Projektangebote als Referent:innen anfragen.

Für uns ist in den Fortbildungen besonders bereichernd, dass wir Multiplikator:innen aus den Bereichen Globales Lernen, Bildung für nachhaltige Entwicklung oder politische Bildung mit jenen aus der allgemeinen Grundbildung in Austausch bringen konnten und können. So konnten die Teilnehmer:innen voneinander lernen; sie konnten unterschiedliche Perspektiven und Kompetenzen erkennen, sich über Erfahrungen, z.B. mit einfacher Sprache oder politischer Bildung, austauschen und so die Herausforderungen aber auch Chancen der jeweiligen Betätigungsfelder kennenlernen.

Fortbildung Wuppertal, Juni 2024
Foto: F3_kollektiv

4. Ein Plädoyer für machtkritische politische Grundbildung

Durch die Arbeit mit den Teilnehmenden und den Multiplikator:innen aus verschiedenen Bildungsbereichen sehen wir die Bedeutung und die Chancen machtkritischer politischer Grundbildung. Wichtig

bleibt, das Bewusstsein für gering literalisierte Menschen und die Relevanz von Grundbildung zu erhöhen. Angesichts der prekären Arbeitsverhältnisse in der Erwachsenen- bzw. Grundbildung sehen Multiplikator:innen auch immer wieder Chancen und Möglichkeiten der Vernetzung, wenn andere Bildner:innen und Einrichtungen sich auch der Grundbildung widmen.

Multiplikator:innen der Grundbildung möchten wir ermutigen, machtkritische politische Bildung und auch globale Perspektiven zu thematisieren, da diese Themen für die Zielgruppen nicht zu viel oder zu schwer sind. Unserer Erfahrung nach öffnen sich vielmehr Räume für regen Austausch. Die Klimakrise, das Erstarken von anti-feministischen und faschistischen Akteur:innen oder auch die Digitalisierung aller Lebensbereiche löst bei vielen Menschen Angst und Überforderung aus. Gerade deshalb braucht es Räume und Orte des Austausches und des Lernens, in denen komplexe Fragen und Sorgen auch in einfacher Sprache besprochen werden können. In diesen Räumen der machtkritischen politischen Grundbildung geht es immer auch um Befähigung; es kann geübt werden, sich generell zu einem Thema zu äußern oder auch Widerstände und Widersprüche auszudrücken, sich gegenseitig zu stärken und zu motivieren. Deshalb ist machtkritische politische Grundbildung wichtig.

F3_KOLLEKTIV
BILDEN · SUCHEN · VERÄNDERN

https://www.f3kollektiv.net/

Evelyn Linde
Mitbegründerin des F3_kollektivs,
studierte Politikwissenschaft und
Interdisziplinäre Lateinamerikastudien,
Co-Projektleitung „#digital_global“ und
„Feministische Solidarität“
mail@f3kollektiv.net

Foto: Miriam Juschkat/ F3_kollektiv

Werkstatt-Gedanken

An dieser Stelle veröffentlichen wir regelmäßig Wortmeldungen aus der Schreibwerkstatt „Blatt-Gold“ der Gold-Kraemer-Stiftung[1]*, dieses Mal zum Thema „Wählen“. Die selbst geschriebenen Texte sehen wir als Dokumente und haben sie deshalb nicht redaktionell bearbeitet. Nicht alle Texte von „Blatt-Gold“ sind hier im Heft veröffentlicht. Sie finden zusätzliches Material in einer Online-Beilage zu dieser Ausgabe der ZEuB im Internet unter:* www.geseb.de *(Zeitschrift).*

Blatt-Gold

Wählen ist wichtig
Oder: Wir gründen unsere eigene Partei!

EINFACHE SPRACHE

Europa wählt – und wir wählen mit. Wir haben Infos gesammelt über die Europawahl, uns im Internet schlau gemacht und uns zwei Hefte angeguckt: einfach Politik „Europa“ und einfach Politik „Europa wählt“. Bei uns waren auch zwei Leute zu Besuch, die uns was dazu erklärt haben. Das Coolste war, dass wir alle zusammen auf einer Demo waren.

Hier gibt es Pressefreiheit und Meinungsfreiheit. Deutschland ist ein demokratisches Land. Alle Menschen können hier mitbestimmen, was für uns und für die Gesellschaft wichtig ist. Jeder hat das Recht eine Partei zu wählen, von der er meint, dass sie das Richtige machen wird, wenn sie regiert – oder die Partei zu wählen, die ihn zufrieden stellt. Man hat selber Wünsche, zum Beispiel mehr Geld verdienen, Mindestlohn in der Werkstatt bekommen oder dass die Natur und die Tiere und die Umwelt mehr geschützt werden. Jeder muss da für sich überlegen,

[1] *„Blatt-Gold“* ist die Schreibwerkstatt der Gold-Kraemer-Stiftung für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Die Autor:innen haben sich über die Europawahl informiert, haben sich Gedanken gemacht und sind selbst auf die Straße gegangen mit dem Bündnis für Demokratie und Vielfalt in ihrer Stadt. Dazu haben sie Texte geschrieben oder diktiert. Anja Schimanke hat sie dabei unterstützt. Sie ist Journalistin.

welche Partei er oder sie wählt. Die CDU/ CSU, die SPD, die AfD, FDP, die Grünen – alle haben verschiedene Vorstellungen, wie sie das Land regieren wollen und wofür sie sich stark machen. Die AfD will keine Menschen aus anderen Ländern, mit anderer Hautfarbe zum Beispiel in Deutschland haben. Die ist auch gegen uns, gegen beeinträchtigte Menschen. Wer uns mag, kann nicht die AfD wählen.

Vielfalt ist wichtig. Alle dürfen mitmachen

© Foto: Blatt-Gold

Gruppenbild mit EU-Fahne

Verschiedene Menschen ist Vielfalt. Verschiedene Hautfarbe ist Vielfalt. Verschiedene Religionen ist Vielfalt und da oben an einen anderen Gott zu glauben. Aber nicht alle haben einen Gott. Das ist okay. Es gibt eine Regenbogenfahne für Schwule und Lesben und ist auch Vielfalt. Inklusion ist auch Vielfalt. Alle dürfen mitmachen.

Auszug aus einem Text von
Jochen Rodenkirchen

Ralf Faßbender (selbst geschrieben und mit Unterstützung überarbeitet)

Meine erste Demo

Ich stehe mit meinen Kollegen und Freunden von *Blatt-Gold* auf der Bühne auf dem Rathaus-Platz. Der Himmel hatte seine Schleusen geöffnet und der Regen viel in strömen. Der Himmel war zwar meistens grau, aber die Menschen waren vielfältig und so bunt wie ihre Regenschirme und ihre Schilder. Auf meinem Schild steht: *Blatt-Gold* ist für Inklusion. Alle sollen mitmachen ausser Nazis. Ich halte es hoch und will damit eine Botschaft rüberbringen, dass Nazis in unserem Land nichts zu suchen haben. Nazis haben Juden verfolgt und umgebracht und auch Menschen mit Behinderung. Sie wollen unsere Demokratie sabotieren und nach ihren Vorstellungen umformen. Das wollen wir nicht. Und deswegen ist es wichtig, dagegen zu demonstrieren. In meinem Text, den ich vorlese, steht: Wenn es auf der gesamten Welt immer nur dieselben Menschen geben würde, wäre die Welt langweilig. Wenn alle Menschen beisammen sind, ist das Vielfalt. So wie hier. Das ist wunderschön.

Vorher waren wir mit selbstgemachten Schildern unterwegs in Frechen um für Vilvalt und Demokratie zu Demonstrieren. Ich habe eine Botschaft auf der Bühne zu verkünden: alle Menschen auf der Weld haben das recht so zu sein wie sie sind. Jeder denkt anders, spricht anders und fühlt anders und das ist richtig so.

In dem Moment hat mir jeder zugehört. Es war still. Der Moment war besonders für mich. Alle jubelten mir zu und ich hatte ein wunderbares Gefühl auf der Bühne. Es standen über 400 Leute vor der Bühne die genau das selbe denken wie ich es tue.

Christiane Becker, Ralf Faßbender, Yvonne Freiberg, Jochen Rodenkirchen mit Unterstützung von Anja Schimanke (teils allein/ teils zusammen diktiert)

Wenn wir eine Partei machen würden

Wenn wir als *Blatt-Gold* eine Partei gründen würden, dann wären wir schon 14 Mitglieder. Alle hätten fast dieselbe Meinung und würden in die Partei mit einsteigen. Und wir hätten einen eigenen Parteisitz in Frechen. Wichtig wäre uns, dass es mehr Gerechtigkeit für alle Menschen gibt.

Dass man Schwule, Lesben und Transsexuelle toleriert und nicht bestraft, welche Sexualität sie haben.

Und dann würden wir überall unsere Wahlplakate hinhängen und auch Reden halten zum Beispiel auf dem Rathausplatz.

Yvonne: „Ich würde mich für Umwelt einsetzen wegen der Tiere."

Jochen: „Ich würde mehr für Leichte Sprache machen und Inklusion. Mehr Bilder und mehr Beschilderungen. Ohne fragen müssen und alleine klarkommen. Und Mindestlohn für die Arbeit. Die Werkstatt soll uns mehr in die Lohntüte tun und nicht abgespeist werden."

Ralf: „Ich würde mich dafür einsetzen, dass Menschen aus anderen Ländern nicht ausgegrenzt werden, sondern überall willkommen sind. Dass es mehr Barrierefreiheit gibt und der Eingang und die Toiletten für Rollstuhlfahrer in den Geschäften, Cafés und Restaurants zugänglicher wird. Und auch für Inklusion und Toleranz, dass man jeden so nimmt wie er ist und toleriert. Dass es einem, der eine Behinderung hat, in seinem Leben, leichter gemacht wird und für Chancen-Gleichheit. Dafür

würde ich als Fraktionsvorsitzender stehen.

Es wäre gut, wenn wir das machen mit der eigenen Partei. Dann würden wir das Vorantreiben, weil es so schleppend kommt und zu lange dauert mit Inklusion. Und dann würden wir in den Wahlkampf ziehen und alle, die uns kennen, würden uns ihre Stimme geben, aber geheim. Und alle, die zu Hause sitzen, und uns noch nicht kennen, auch, wenn sie uns kennen lernen. Ich finde das ist eine geniale Idee!“

Jochen: „Andere dürfen auch ihre Meinung sagen, auch wenn sie uns nicht gut oder nicht so gut finden. Wenn jemand eine andere Meinung hat, ich werde nicht aggressiv, aber ich würde das nicht unterstützen. Man nimmt das zur Kenntnis, aber stört sich nicht dran. Manchmal kann man weghören und manchmal auch nicht.

Ausgrenzung geht für mich nicht. Und Diskriminierung ist nicht erlaubt. Ich würde darüber sprechen und ausdiskutieren, weil so viele Gedanken im Kopf bei denen sind, die müssen weg, wegdiskutiert werden, sonst passiert das immer wieder, wenn man nicht darüber spricht wird das nicht besser und nicht immer verschweigen.“

Blatt-Gold im Wahl-Kampf

Wir fordern mehr Barrierefreiheit und garantieren, dass es mehr Barrierefreiheit gibt und Integration und sorgen dafür, dass alle Leute integriert werden, die nach Frechen kommen wollen, egal aus welchem Land die sind.

Jochen: „Alle gehören dazu – keiner wird ausgeschlossen."

Ralf: „Sogar so ein Schlägertyp, der sowas sagt, wird nicht ausgeschlossen. Der gehört auch dazu, auch wenn er eine andere Meinung hat, und darf dabei stehen und wenn er dann dabeisteht, dann ändert er vielleicht seine Meinung. Weil er dann sieht, was wir machen oder zumindest ihn anregen, darüber nachzudenken."

Jochen: „Weil es schön ist, wenn alle zusammenhalten – wir gehören alle zusammen, wir sitzen alle in einem Boot."

Ralf: „Man sollte sich mal in andere Situation reinversetzen. Und nicht Leute anpöbeln und anmachen."

Christiane: „Man muss Menschen mit Beeinträchtigungen nehmen wie sie sind. Alle Menschen. Nur Nazis nicht."

Wir können nicht alles als Partei umsetzen, aber einen Teil davon, das könnten wir versuchen.

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

Expertise für Erwachsenenbildung – Neues aus dem DIE

Erwachsenenbildung und das Lernen Erwachsener im nationalen Bildungsbericht 2024

Der Bericht beleuchtet die Entwicklung des Bildungssystems u.a. unter den Bedingungen von fortschreitender Digitalisierung, Zuwanderung und anhaltendem Fachkräftemangel. Er stellt Transparenz her, informiert über die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, benennt die aktuellen Herausforderungen und bietet eine Diskussionsgrundlage für die Weiterentwicklung des Bildungssystems. Das Schwerpunktthema der Ausgabe 2024 ist die berufliche Bildung.

Der Bildungsbereich Erwachsenenbildung steht insgesamt vor neuen oder noch ungelösten Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel, den Nachwirkungen der Corona-Pandemie und dem gestiegenen Bedarf an Integrationskursen, insbesondere seit dem Beginn des Ukraine-Krieges. Das DIE verantwortet Kapitel G: „Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter"; dessen zentrale Ergebnisse haben wir knapp zusammengefasst: www.die-bonn.de/institut/wir-ueber-uns/presse/mitteilungen/nationaler-bildungsbericht-2024

Die Publikation steht kostenlos und digital zur Verfügung: www.bildungsbericht.de

TAEPS – größte Studie zum Lehrpersonal in der Erwachsenen- und Weiterbildung

Über 2.500 Lehrkräfte, Dozentinnen und Kursleiter, Trainerinnen und Trainer, Coaches und Referenten haben bereits an der Befragung teilgenommen und über ihre Beschäftigungsfelder, ihre Beschäftigungsbedingungen, ihre Qualifikationen und ihre Kompetenzen berichtet. Wir bedanken uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für Ihre bisherige Unterstützung!

Um Veränderungen im Zeitverlauf feststellen zu können und um weiteres Lehrpersonal für die Teilnahme an dieser Studie zu gewinnen, setzen wir die Befragung in den Jahren 2025 und 2026 fort. Wir freuen uns, wenn Sie sich schon jetzt für die Teilnahme registrieren unter www.taeps.de.

Bildungspolitisches Forum 2024

„Fachkräftemangel in der Bildung: Chancen und Perspektiven“ lautet das Thema des Bildungspolitischen Forums 2024, das das „Leibniz-Forschungsnetzwerk Bildungspotenziale“ am 11. Oktober in Berlin veranstaltet. Ausgerichtet wird das BPF 2024 vom DIPF (Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation), dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und dem DIE. Anmeldung ist möglich über die Seite des Leibniz-Forschungsnetzwerks Bildungspotenziale: www.leibniz-bildung.de

Professionalisierung der Alphabetisierung und Grundbildung – Abschlussveranstaltung des Projekt EIBE

Das Alphanetz NRW und das DIE laden am 28. November zu einer Onlineveranstaltung ein zur „Professionalisierung der Alphabetisierung und Grundbildung“. Sie ist gleichzeitig die Abschlussveranstaltung des Projekts EIBE. Mit Expertinnen und Experten aus Bildungspraxis und Wissenschaft werden die Ergebnisse des Projekts vorgestellt: Eines ist das Fortbildungskonzept für Weiterbildungseinrichtungen der Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit, das im Projekt entwickelt wurde.

Anmeldung über www.die-bonn.de/weiterbildung/veranstaltungskalender

Nutzungsumfrage – Publikationen des DIE

Das Team Publikationen des DIE möchte herausfinden, wie die Publikationen des DIE Sie in Ihrer Tätigkeit künftig noch besser unterstützen können. Teilen Sie uns Ihre Wünsche, Kritik und Ideen mit, um die Publikationen des DIE weiterhin zu einer verlässlichen Ressource für Ihre Tätigkeit zu machen. Die Umfrage wird bis zum 31.10.2024 verfügbar sein. Vielen Dank im Voraus für Ihre Unterstützung!

https://die-bonn.limequery.com/456291?lang=de

Beate Beyer-Paulick
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
beyer-paulick@die-bonn.de
www.die-bonn.de

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen

Bundesverband Lebenshilfe

Teilhabe statt Ausgrenzung. Keine Stimme für die AfD.

Anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai gab die Lebenshilfe eine Wahlempfehlung. Die Bundesvorsitzende Ulla Schmidt erklärte: „Die AfD ist gegen eine vielfältige, inklusive Gesellschaft und grenzt so Menschen mit Behinderung aus. Als Verband, der sich seit mehr als 65 Jahren für die Rechte von Menschen mit Behinderung einsetzt, können wir das nicht hinnehmen und rufen dazu auf, bei der Europawahl im Juni und den anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen nicht die AfD zu wählen“.

„Teilhabe statt Ausgrenzung. Keine Stimme für die AfD“, heißt es deshalb klipp und klar in unserer Medienmitteilung (https://www.lebenshilfe.de/presse), gemeinsam beschlossen von Bundesvorstand und Bundeskammer. „Wir wollen damit Flagge zeigen und rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften die Stirn bieten“, betont Ulla Schmidt. „Unsere Demokratie ist in großer Gefahr. Spätestens nachdem bekannt wurde, dass sich AfD-Vertreter mit namhaften Rechtsradikalen in Potsdam getroffen haben, um unter

Demonstration für Demokratie und gegen die AfD am 3. Februar 2024 vor dem Bundestag in Berlin *Foto: Peer Brocke*

dem Deckmantel einer sogenannten ‚Remigration“ massenhafte Abschiebungen auch deutscher Bürgerinnen und Bürger zu beraten, muss allen klar sein, was die Stunde

geschlagen hat. Dieses Treffen weckt Erinnerungen an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, als die Nazis die Macht in unserem Land übernahmen.“
Außerdem ist die Bundesvereinigung Lebenshilfe der Initiative „#Zusammenland – Vielfalt macht uns stark“ beigetreten.

Ausführliche Informationen gibt es auf drer Webseite unter der Überschrift „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ www.lebenshilfe.de/wir-fuer-menschlichkeit-und-vielfalt.

Darunter findet sich auch eine Broschüre der Lebenshilfe mit Empfehlungen zum Umgang mit der AfD: www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Wissen/intern/Verbandliche-Publikationen/Empfehlung-Umgang-mit-AfD.pdf

und ein Magazin mit Leichter Sprache zur Europawahl: www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Wissen/public/Magazin_Leichte_Sprache/Magazin1_24_Demokratie.pdf.

Nach den Wahlen in Thüringen und Sachsen waren Menschen mit Behinderungen beunruhigt: www.lebenshilfe.de/presse/pressemeldung/lebenshilfe-die-juengsten-wahlergebnisse-machen-menschen-mit-behinderung-angst

Die Wahlen in Brandenburg haben die Situation definitiv nicht verbessert. Gemeinsam für mehr Menschlichkeit sind auch die Selbstvertreter:innen aktiv.
Das Bildungsinstitut der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. bietet viele Kurse für Selbstvertreter:innen an. Diese finden sie über den QR-Code rechts.

Lebenshilfe
melanie.kannel@lebenshilfe.de
https://www.lebenshilfe.de/

Aktiv für inklusive Erwachsenenbildung

Im August dieses Jahres haben 126 in Wissenschaft und Praxis für Inklusion Engagierte in verschiedenen Print- und Onlinemedien in Thüringen eine Stellungnahme in Form einer Anzeige veröffentlicht. Sie beziehen sich darin auf die Behauptung von Björn Höcke, des Vorsitzenden der Thüringer AfD, Inklusion sei ein „Ideologieprojekt", von dem das Bildungssystem „befreit" werden müsse. Die Redaktion der ZEuB und der Vorstand der GEB halten diese Aktion für so wichtig, dass – mit Einwilligung der Initiatoren der Anzeige – der Inhalt der Stellungnahme hier noch einmal abgedruckt wird.

Inklusion ist demokratische Aufgabe

Stellungnahme zur Position des Spitzenkandidaten der AfD in Thüringen

Anlass folgender Stellungnahme sind die Behauptungen von Björn Höcke im MDR-Sommerinterview 2023, dass Inklusion ein „Ideologieprojekt" sei. Es behindere die Steigerung der Leistungsfähigkeit von Schülern, die inklusive Klassen besuchen, und führe nicht dazu, dass aus ihnen die Fachkräfte der Zukunft werden. Das Bildungssystem müsse vom Ideologieprojekt Inklusion „befreit" werden. Dazu stellen wir – in Wissenschaft und Praxis für Inklusion Engagierte – fest:

- Kann Inklusion ein „Ideologieprojekt" sein? Nein, Inklusion ist ein Menschenrecht. Dieses Recht gilt nicht nur für die Gruppe mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf, sondern für alle Schüler:innen. Das sieht die UN-Behindertenrechtskonvention vor, nach der sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, ein inklusives Bildungssystem mit Zugang für alle aufzubauen.
- Behindert Inklusion die Leistungsfähigkeit? Nein, nationale und internationale Studien zeigen, dass Schüler:innen ohne sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf keine Nachteile in inklusiven Klassen haben. Ihre Lern- und Leistungsfortschritte werden nicht behindert. Im Blick auf die Erwerbstätigkeit können sie genauso gute Fachkräfte werden, wie wenn sie nicht inklusiv unterrichtet worden wären.
- Auch weisen die meisten Studien darauf hin, dass die Gruppe der Schüler:innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf gleich gute, oft größere Leistungsvorteile aufweist. Zudem hat Inklusion Vorteile für die Erwerbstätigkeit dieser Schüler:innen.
- Inklusive Klassen hatten keine nachteiligen Wirkungen auf Selbstkonzept und Wohlbefinden der Schüler:innen.

Deutschland ist, wie alle modernen Gesellschaften, eine Gesellschaft der Vielfalt. Dahinter führt kein Weg zurück. Hier leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher sozialer, kultureller, physischer und mentaler Vorgeschichten und Eigenarten zusammen. Ihr friedliches Zusammenleben zu ermöglichen und dabei die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten zu stärken, schafft Lebensqualität für alle und ist demokratische Aufgabe. Schule und Ausbildung sind dabei von zentraler Bedeutung. Die dort Tätigen bedürfen mehr denn je materieller, organisatorischer und pädagogischer Unterstützung. Über sie wird gerade auch in Wahlen entschieden. Dagegen entspringt das Ziel, Vielfalt durch Separation zerstören und Einheitlichkeit durch Vertreibung erzwingen zu wollen, Gewaltphantasien, die in der deutschen Geschichte bereits verheerende Folgen gezeitigt haben und deren Umsetzung verhindert werden muss.

Die Anzeige im Original mit den Namen aller 126 Unterzeichner:innen finden Sie sowohl auf der Homepage der DIFGB: https://www.difgb.de als auch auf unserer GEB-Homepage: https://geseb.de

SERVICE

Eine Liste mit neuer Literatur zum Thema Erwachsenenbildung und Inklusion, zusammengestellt vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE), finden Sie auf der Internetseite der GEB: www.geseb.de.

Unter www.geseb.de *und* https://geseb.de/zeitschrift/aktuelle-ausgabe/ *gibt es in Kürze auch einen Podcast mit Frank Leeb (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt). Katharina Maria Pongratz (Redakteurin der ZEuB) spricht mit ihm zum Thema „Demokratie braucht eine inklusive politische Erwachsenenbildung für ALLE". Wir sind neugierig darauf, welche Erfahrungen und Meinungen Frank Leeb aus der Landeszentrale Politische Bildung Sachsen-Anhalt zu diesem Thema mitbringt.*

Linkliste zur Politischen Bildung

Bundeszentrale für politische Bildung
https://www.bpb.de/lernen/inklusiv-politisch-bilden/

Zentrum für inklusive politische Bildung
https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/forschung-transfer/forschung-1/forschungsdossiers-1/inklusive-poltische-bildung

sprech:fähig
https://sprechfaehig.de/

Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) zu inklusiver politischer Bildung
https://www.volkshochschule.de/verbandswelt/projekte/politische_jugendbildung/online-dossier-inklusion/inklusive-politische-bildung-etablieren.php

Dorothee Meyer / Wolfram Hilpert / Bettina Lindmeier (Hrsg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn 2020. Im Internet: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Grundlagen-Praxis-inklusiver-pol-Bildung_ba_SR10230.pdf#page=68

Anja Besand / David Jugel: Inklusion und politische Bildung - gemeinsam denken! Bonn 2025. Im Internet: https://www.researchgate.net/profile/David-Jugel/publication/359134791_Inklusion_und_politische_Bildung_-_gemeinsam_denken/links/6229d0ad84ce8e5b4d1533e1/Inklusion-und-politische-Bildung-gemeinsam-denken.pdf

Malte Kleinschmidt / Steve Kenner / Dirk Lange: Inclusive Citizenship als Ausgangspunkt für emanzipative und inklusive politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. In: Radhika, Natarajan (Hrsg.), Sprache, Flucht, Migration: Kritische, historische und pädagogische Annäherungen. Wiesbaden 1919, S. 407–416. Im Internet: https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/978-3-658-21232-2.pdf

Der Vorstand informiert

GEB digital

Am 12. Juni 2024 fand die Veranstaltung *GEB digital* zum Thema *„Perspektiven auf inklusive Erwachsenenbildung“* statt. Nach einer Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden Frederik Poppe, präsentierte Olaf Dörner (Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Wissenschaftliche Weiterbildung und Weiterbildungsforschung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) Überlegungen zur Beforschung von Inklusion und zu inklusiver Forschung. Eine kritische Perspektive brachte Nana Kintz (Hamburger VHS) zum Stand der Inklusion an der Hamburger Volkshochschule ein. Spannungsfelder zwischen Inklusion als Ideal, der praktischen Umsetzung und politischen Fragen wurden – kurz nach der Europawahl – unter der Moderation von Karl-Ernst Ackermann angesprochen und von den 20 Teilnehmenden diskutiert.

Eine weitere Veranstaltung in Reihe *GEB digital* findet in Kürze statt: am 4. November 2024 (18.30-20.00 Uhr) stellt sich das Vorhaben BaLiE (Barrierefreies Lernen in der Erwachsenenbildung) vor. BaLiE ist ein Projekt der Hofgut Himmelreich gGmbH und zielt auf den Abbau von Barrieren in der Erwachsenenbildung. Es setzt damit zwei Impulse: Menschen mit Behinderung als Bildungsgebende einzusetzen und Kooperationen zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Behindertenhilfe zu vertiefen.

Der Fokus liegt auf der Schulung und Begleitung von Menschen mit Behinderung auf ihrem Weg zur Kursleitung für die Erwachsenenbildung. Dies wird mithilfe eines barrierearmen Blended-Learning-Konzepts umgesetzt. Eine barrierearme Lernwebsite ist ein zentraler Baustein für die Schulung. Dabei muss der Spagat zwischen Fördern und Fordern der drei Teilnehmenden mit sehr unterschiedlichen Lernzielen gelingen.

Ein Teilnehmender der BaLiE-Qualifizierung und das Projektteam teilen bei der *GEB digital* ihre Erfahrungen: es werden Hürden, Schwachstellen und Erfolge beschrieben. Zuletzt zieht das Projektteam Konsequenzen für die weitere didaktische Herangehensweise. Die Veranstaltung wird von der GEB-Fachgruppe inklusive digitale Erwachsenenbildung (FIDE) organisiert und findet digital im folgenden zoom-Raum statt:

Meeting-ID: 690 1152 5073
Kenncode: 948588

GEB- Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung (MV) soll am 28. März 2025 (safe the date) in Hamburg stattfinden und mit einem inhaltlichen Programmpunkt verbunden werden. Näheres in Kürze!

MV-Tagesordnung

1. Begrüßung, Tagesordnung und Wahl des Versammlungsleiters / der Versammlungsleiterin
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung
3. Tätigkeitsbericht des Vorstands (2023 – 2024)
4. Bericht der Kassenprüfer:innen
5. Aussprache
6. Entlastung des Vorstands
7. Neuwahl des Vorstands
8. Wahl der Kassenprüfer:innen
9. Anträge und Beschlüsse
10. Verschiedenes

Bei dieser MV wird der Vorstand neu gewählt. Wir freuen uns über Ihre Vorschläge zur Kandidatur oder wenn Sie selbst kandidieren wollen. Bitte melden Sie sich im Vorfeld, wenn Sie Interesse haben: kontakt@geseb.de

Ein Teil des bisherigen Vorstands kandidiert erneut. Die Position des/der 2. Vorsitzenden sowie des/der Schatzmeisters:in sind allerdings neu zu besetzen.

ZEuB-Redaktion

Schließlich möchten wir uns bei Dr. Vera Tillmann und Dr. Melanie Knaup für Ihre Mitarbeit in der Redaktion der ZEuB bedanken; Vera Tillmann war seit Herbst 2014 als Redakteurin tätig. Euch beiden alles Gute! Begrüßen und willkommen heißen können wir bereits eine neue Redakteurin, Anette Richter-Boisen; die Redaktion freut sich sehr auf die Zusammenarbeit!

Herzliche Grüße

Wiebke Curdt, Gerhard Heß, Uwe Morga und Frederik Poppe
(Vorstand der GEB)

Antrag auf Mitgliedschaft

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Gesellschaft
Erwachsenenbildung und Behinderung e.V.

Jahresbeiträge:

- ☐ 40,00 Euro für Einzelpersonen
- ☐ 90,00 Euro für Institutionen
- ☐ 24,00 Euro für Studierende
- ☐ 11,00 Euro für Menschen mit Behinderungen
- ☐ Ich zahle freiwillig einen höheren Jahresbeitrag in Höhe von ___ Euro

Im Beitrag ist das Abonnement der Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“ enthalten.

Name (bzw. Name der Institution):

Vorname:

Straße:

PLZ: Ort:

Beruf:

Telefon:

E-Mail:

Unterschrift:

Bitte “Antrag auf Mitgliedschaft” oder “Abo-Bestellung” einsenden an:

Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V.
c/o Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit. Medien. Kultur
Eberhard-Leibnitz-Str. 2, D-06217 Merseburg

oder per Mail-Anhang an kontakt@geseb.de

Die Formulare “Antrag auf Mitgliedschaft” und “Abo-Bestellung” jeweils mit “Einzugsermächtigung“ können auch von der Hompage der GEB heruntergeladen werden: www.geseb.de

Abo-Bestellung

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“
im Abonnement. Preis: € 16,00 (zuzüglich Porto und Versandkosten)

Name (bzw. Name der Institution):

Vorname:

Straße:

PLZ: Ort:

Telefon:

E-Mail:

Unterschrift:

Teilhabe ermöglichen. Bis zum Schluss.

In der Begleitung am Lebensende müssen die Wünsche und Bedürfnisse schwer erkrankter und sterbender Menschen für Angehörige und Fachkräfte handlungsleitend sein.
Das Themenheft „Palliative Care“ behandelt dieses Thema insbesondere mit Blick auf Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung.

© Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., David Maurer

Themenheft 3/24: Palliative Care

- Palliative Care in Forschung, Praxis und Politik
- Organisationskultur in der Begleitung am Lebensende
- Verlust und Trauer bei Menschen mit zugeschriebener geistiger Behinderung

www.zeitschrift-teilhabe.de

TEILHABE – die Fachzeitschrift der Bundesvereinigung Lebenshilfe – bietet viermal im Jahr Fachbeiträge aus Wissenschaft und Forschung, Praxis und Management sowie eine Infothek mit Neuigkeiten, Buchbesprechungen und Veranstaltungshinweisen.

Informativ. Sachlich. Engagiert.